SPIEGEL DIGITALISIERUNG

TIKMONITORING

TPM 2021.25 vom 21.06.2021



ANALYSE I



ANALYSE III

OPEN-DATA-GESETZ: ZURÜCK AUF ANFANG?

Mehrfach wurde das Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes von der Tagesordnung des Bundestags gestrichen, nun könnte es in der letzten Sitzungswoche beschlossen werden. Zumindest wenn sich Unions- und SPD-Fraktion auf einen Kompromiss verständigen. Die Koalitionäre sind sich uneinig in der Frage, welche Institutionen das Gesetz zum Datenteilen verpflichten soll.

JUSTIZMINISTER BESPRECHEN **DIGITALTHEMEN**

Bei der virtuellen Konferenz der Justizminister war das Thema Digitalisierung prominent vertreten. Unter anderem plädieren die Minister für eine Ausweitung des NetzDG auf Messenger-Dienste und Deepfakes. Außerdem soll die Möglichkeit virtueller Unternehmenshauptversammlungen im Aktienrecht festgeschrieben werden.

BSI STELLT BERICHT ZUM DIGITALEN VERBRAUCHERSCHUTZ VOR

Das BSI hat seinen ersten Bericht zur Lage des digitalen Verbraucherschutzes in Deutschland vorgestellt. Die Behörde kritisiert darin eine allgemeine Sorglosigkeit von Anbietern und Nutzern im Umgang mit Cybersicherheitsrisiken. Ein Schwerpunkt des diesjährigen Berichts liegt auf der Sicherheit von Gesundheits-Apps.



ERGEBNISSE

S. 11



STATUS

S. 25

AUSBLICK

S. 63

BUNDESREGIERUNG

Karliczek: Mit FAIR-Data Spaces schaffen wir einen gemeinsamen Datenraum für Wissenschaft und Wirtschaft



₹ NEU

Keine neuen Gesetze und Verordnungen



BUNDESTAG

236. Sitzung des Deutschen **Bundestages**

237. Sitzung des Deutschen **Bundestages**

161. Sitzung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz



BUNDESTAG

Keine Bedenken gegen Clearingstelle Urheberrecht im Netz

Nachbesserungen an Basisdaten-Gesetz gefordert

Sattelberger: Hightech-Strategie der Bundesregierung bleibt trivial



📤 AKTUELL

Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts

Gesetz für faire Verbraucherverträge



BUNDESRAT

1006. Sitzung des Bundesrates



STAKEHOLDER

Bitkom fordert Digitalisierungszuschuss für 1,9 Millionen Haushalte

TechnikRadar 2021: Digitalisierung ändert das Arzt-Patienten-Verhältnis



▼ VERABSCHIEDET

Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen



TERMINE

Enquete-Kommission Berufliche Bildung zum Abschlussbericht SNV zur KI-Regulierung der USA BMWi zum IPCEI Industrial Cloud eco zu Digitalpolitik



JOURNALISMUS ZUM FLATRATE-TARIF?

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

es ist eine Art "Spotify für Journalismus", worüber die Bundesregierung offen in ihrem jüngsten Medien- und Kommunikationsbericht nachdenkt, der in der vergangenen Woche vom Kabinett beschlossen wurde. Die Idee beruht auf der Prämisse, dass große marktbeherrschende Plattformen wie Facebook und Google zunehmend zu einer Bedrohung für die Vielfalt der Medienlandschaft und damit auch für die demokratische Meinungsbildung werden. Klassische Medien gerieten auf den Plattformen zunehmend unter Druck, die Auswahl von Informationen vor allem unter ökonomischen Aspekten vorzunehmen und journalistische Standards zu vernachlässigen, heißt es im Bericht. Die Bundesregierung kommt zu dem drastischen Schluss: "Ohne Gegenmaßnahmen wird sich der Journalismus in der Plattformrevolution des Marktes nicht behaupten können." Wie aus einem wissenschaftlichen Gutachten, das dem Bericht zugrunde liegt, hervorgeht, könnte die Lösung des Problems in der Gründung kooperativer Medienplattformen liegen, "die das demokratische, soziale und kulturelle Informationsbedürfnis der Gesellschaft erfüllen".

Zwar gebe es schon heute vereinzelt Beispiele für die Zusammenarbeit konkurrierender Anbieter, schreibt die Bundesregierung. Eine Plattform, auf der sich weite Teile der Medien zusammenschließen, existiere indes nicht. Im Bericht werden mehrere Optionen erwiert, wie der Staat ein solches Modell unterstützen könnte. Diskutiert wird etwa eine Steuer auf Online-Werbeeinnahmen und den Verkauf von Nutzerdaten, die vor allem die großen Plattformen treffen würde. Möglich seien auch strengere Auflagen bei der Empfehlung von Inhalten oder eine Finanzierung kooperativer Plattformen über den Rundfunkbeitrag. Dass die dafür notwendige Erhöhung des Beitrags auf breite Akzeptanz stoßen würde, bezweifelt die Bundesregierung aber.

Starten Sie gut in die Woche!



OPEN-DATA-GESETZ: ZURÜCK AUF ANFANG?

E-GOVERNMENT OPEN DATA REGIERUNG

MIRIAM SCHRÖDER, LINA RUSCH

Offene Behördendaten sind so etwas wie das Mindestmaß an Innovationsbereitschaft in Politik und Verwaltung. Sie sind eine der Bedingungen dafür, dass Wirtschaft und Gesellschaft datengetriebene Geschäftsmodelle und Lösungen entwickeln können. Die Datengesellschaft, eines der erklärten Ziele der aktuellen Bundesregierung, ist in hohem Maße davon abhängig, dass der Staat beziehungsweise die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht - und mehr Daten proaktiv zur Verfügung stellt. Entsprechend viel Raum räumt man dem Thema Open Data in der vom Kanzleramt koordinierten Datenstrategie ein. Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) war es ein "besonderes Anliegen", hier endlich Fortschritte zu machen. Bisher aber scheitern die hohen Ambitionen immer wieder an der Praxis – und die Bundesregierung möglicherweise abermals an sich selbst.

GESETZ IN "GANZ SCHWERER SEENOT"

Das zweite Open-Data-Gesetz zum Beispiel war ein zentrales Vorhaben, um das "Open-Data-Umfeld" weiterzuentwickeln, wie Braun es ausdrückte. Es ist als Ziel im Koalitionsvertrag 2018 formuliert und trägt den Titel "Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors". Das Gesetz vereint die Absicht des Bundesinnenministeriums (BMI), mehr Bundesbehörden zum Aufbereiten und Teilen ihrer Datenschätze zu bewegen, und die des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), durch die Einführung des neuen Datennutzungsgesetzes (DNG) in Artikel 2 die Weiterverwertung von Daten der öffentlichen Hand - erstmals auch von öffentlichen Unternehmen – zu regeln, wie es die EU-Richtlinie 2019/1024 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors vorgibt.

Anfang Mai bereits hätte der Bundestag über den Gesetzentwurf abstimmen sollen, bei dem die Parlamentarier:innen im Bundestag sogar noch etwas mehr rausholen wollten als die Regierung in ihrem Entwurf vorgesehen hatte. Doch der Termin wurde mehrfach verschoben. Ob das Gesetz überhaupt noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird, entscheidet sich in dieser Woche. Im Moment liege das Gesetz "in ganz schwerer Seenot", sagte Thomas Jarzombek (CDU), der Start-up-Beauftragte der Bundesregierung, erst vor zwei Wochen beim Future Mobility Summit des Tagesspiegels im Rahmen einer Debatte über den Wert von Mobilitätsdaten. Der Grund dafür seien "unvorstellbare Egoismen der Politiker aus dem Bereich Arbeit und Soziales". Das habe dann auch Auswirkungen auf den Verkehrsbereich. Offene Daten, etwa der Verkehrsbetriebe, gelten als Voraussetzung für effiziente und klimaschonende Mobilitätskonzepte der Zukunft. Hinzu kommt: Wenn der die erweiterte Bundesverwaltung betreffende Teil des Gesetzes blockiert ist, kann auch das DNG nicht EU-fristgerecht bis kommenden Monat verabschiedet werden. Wann die nächste Regierung einen neuen Anlauf starten könnte und wie dieser aussehen würde, ist ungewiss.

STREIT IST "VIELSCHICHTIG"

Formell verhandeln in diesem Stadium nur noch die Vertreter:innen von CDU/CSU und SPD im Bundestag das Gesetz. Doch wie es aussieht, mischen auch diverse Ressorts der Bundesregierung und auch die Hausaltspolitiker:innen im Bundestag weiter mit in der Gemengelage. Die Geschichte über die Konflikte bei der Entstehung des Open-Data-Gesetz 2.0 sei "vielschichtiger als ein bloßer Streit zwischen Koalitionspartnern", erklärt der Verhandler der Unionsfraktion, Hansjörg Durz (CSU), gegenüber dem Tagesspiegel. Schon bis

zum Regierungsentwurf habe es lange gedauert, weil Konflikte zwischen den einzelnen Ressorts bestanden. So ging der Entwurf im Februar ins Kabinett. Diese Konflikte hätten "leider das parlamentarische Verfahren nicht verschont", meint Durz, ohne konkrete Schuldige für diese Situation zu nennen.

Aktueller Hauptstreitpunkt ist nach Informationen des Tagesspiegels die Frage, für wen das Gesetz überhaupt gelten soll. Auf Wunsch der Unionsfraktion sollen dazu auch die Selbstverwaltungskörperschaften gehören und darum etwa die Agentur für Arbeit, die Rentenversicherung oder Krankenkassen in den entsprechenden § 12a des E-Government-Gesetzes aufgenommen werden. Auch für Falko Mohrs, den zuständigen Berichterstatter der SPD, liegt bei diesem Gesetz kein Koalitionsstreit vor. "Die Diskussion findet vor allem auf der Fachebene statt. Da geht es auch um den Erfüllungsaufwand, den das Gesetz für die betroffenen Institutionen haben wird und die Frage, welche Auswirkungen das auf den Haushalt oder die Beiträge hat", erklärt er. Open-Data-Beauftragte in mehr Behörden und Einrichtungen zu schaffen, wie das Gesetz es vorsieht, bedeutet auch größere Kosten.

Obwohl SPD und Union also in dieser Phase eher gegen äußere Widerstände als gegeneinander kämpfen, haben die Koalitionspartner durchaus unterschiedliche Ansprüche an das Gesetz formuliert. Die SPD hätte Mohrs zufolge gern einen Rechtsanspruch auf Datenherausgabe im Gesetz verankert gesehen, das sei "ein großer Schwachpunkt des Gesetzes" – aber dennoch kein Grund, die Verhandlungen platzen zu lassen. Für seinen Unionskollegen Durz ist das Open-Data-Gesetz "ein Lehrstück darüber, wie viele Verwaltungen und Behörden in Deutschland ticken – und die beste Begründung dafür, warum wir in Deutschland ein Modernisierungsjahrzehnt ausrufen müssen." An der Ambition des Regierungsentwurfes gab es von Beginn an Kritik, auch aus Reihen der Opposition und der Zivilgesellschaft. In der Open-Data-Community sprach man von nicht mehr als einem Minimalkonsens für ein bisschen mehr Druck auf die öffentlichen Stellen.

MOHRS: SCHEITERN HÄTTE AUCH VORTEILE

Alle Seiten bemühten sich redlich, eine Einigung zu finden, berichtet Durz am vergangenen Wochenende. "Ich bin deshalb zuversichtlich, dass wir in der letzten Sitzungswoche des Bundestages ein Open-Data-Gesetz verabschieden, das diesen Namen auch verdient." Laut Mohrs feilt man "unter Hochdruck an einer Kompromisslösung". Finden die Koalitionsfraktionen sowie die beteiligten Ministerien im Laufe des Tages zu einem Kompromiss, kann das Gesetz am Dienstag im federführenden Wirtschaftsausschuss beraten und am Donnerstag vom Plenum verabschiedet werden.

Sollten die Gespräche am Ende doch noch scheitern, wäre das Mohrs zufolge aber auch nicht nur negativ zu bewerten: "Wenn wir uns jetzt auf einen schwachen Kompromiss einigen, ist die EU-Richtlinie umgesetzt und der Handlungsdruck raus. Möglicherweise macht es mehr Sinn, dieses wichtige Gesetz in die nächste Legislaturperiode zu schieben und bis dahin alle konzeptionellen Fragen zu klären." Auch für die Zivilgesellschaft könnte das seinen Charme haben. Ob der nächste Aufschlag dann mehr "Wumms" für mehr offene Behördendaten bringt, wird aber maßgeblich vom Wahlergebnis abhängen – und von Signalen aus Brüssel, ob Deutschland sich die Verzögerung leisten kann oder möglicherweise ein Vertragsverletzungsverfahren kassiert.

DOKUMENTE

Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442)

http://tsp.pm/xWcvw6

Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (26.06.2019)

http://tsp.pm/zxWKYm



JUSTIZMINISTER BESPRECHEN DIGITALTHEMEN

JUSTIZ HASS IM NETZ NETZDG

MAXIMILIAN ZECH

Unter dem Vorsitz Nordrhein-Westfalens fand am 16. Juni die 92. Konferenz der Justizminister:innen und -senator:innen (JuMiKo) im virtuellen Format statt. Ein thematischer Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf digitalen Themen. So bezeichnete etwa Hessens Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) es als eine "Kernaufgabe der Justiz, die Digitalisierung voranzutreiben und damit die Leistungen der Justiz bürgernäher und serviceorientierter auszugestalten". Die Digitalisierung der Justiz sei ein "zentrales Zukunftsprojekt der Länder" und zwingend erforderlich für die Zukunftsfähigkeit des Rechtsstaats, heißt es dementsprechend in einem Beschluss der Konferenz.

Als konkrete Handlungsfelder werden "die Einführung der elektronischen Akte, die Entwicklung des Gemeinsamen Fachverfahrens, die Einführung des Datenbankgrundbuchs und elektronischer Register, die Weiterentwicklung der IT-Sicherheit in der Justiz, die Digitalisierung in der Ausbildung, der verstärkte Einsatz von KI, die Kommunikationsschnittstelle zwischen Justiz und Polizei sowie das Datenmanagement digitaler Asservate und der Ausbau des mobilen Arbeitens sowie der Online-Verhandlungen" genannt. Die zuständigen Minister:innen und Senator:innen betonen, dass sich diese Maßnahmen allerding nur mit einem erheblichen personellen und finanziellen Mehraufwand umsetzen ließen und setzen sich darum für eine Fortschreibung und Intensivierung des Pakts für den Rechtsstaat ein, auf den sich CDU, CSU und SPD 2018 im Koalitionsvertrag geeinigt haben. Konkret wird vor diesem Hintergrund ein "Justiz-Digitalisierungs-Fonds" der Bundesregierung angeregt, "um eine reibungslose Systemumstellung zu gewährleisten".

DEN GLÄSERNEN NUTZER VERHINDERN

Den durch die Corona-Krise verursachten Digitalisierungsschub will die JuMiKo auch in der Wirtschaft gesetzlich verankern und zwar im Aktienrecht. So habe sich die Möglichkeit einer virtuellen Unternehmenshauptversammlung grundsätzlich bewährt, konstatieren die Justizminister:innen und -senator:innen, und sollte auch nach der Pandemie eine "gleichberechtigte Alternative zur Präsenzversammlung" darstellen. Dies soll durch eine entsprechende Änderung des Aktiengesetzes ermöglicht werden. Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen, der virtuelle Hauptversammlungen bereits ab 2022 gestatten soll.

Ein weiteres Thema der Konferenz war der Digital Services Act (DSA). Der effektiven Bekämpfung strafbarer Inhalte müsse auch unter dem DSA eine zentrale Bedeutung zukommen, erklären die Landesminister:innen und -senator:innen. Aus diesem Grund fordern sie die Bundesjustizministerin auf, sich dafür einzusetzen, dass der DSA "beim Thema Löschen strafbarer Inhalte nicht hinter dem Schutzniveau des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes zurückbleibt und beim Thema Strafverfolgung nicht zu einer Verschlechterung der Ermittlungsmöglichkeiten und -befugnisse nationaler Strafverfolgungsbehörden führt". Ebenso soll sich Lambrecht für klare gesetzliche Kriterien auf europäischer Ebene stark machen, nach denen Plattformbetreiber Inhalte löschen und Nutzer:innen blockieren dürfen oder müssen. Da bestimmte digitale Dienstleistungen von Online-Plattformen mittlerweile unverzichtbar für die gesellschaftliche Teilhabe seien, dürfe der Preis für die Nutzung dieser Dienste nicht der "gläserne Nutzer" sein, erklärt die JuMiKo. Die Bundesregierung wird darum aufgefordert, "essenzielle, für die Teilnahme am Alltag und für die gesellschaftliche Teilhabe unverzichtbare digitale Leistungen bestimmter Internetplattformen zu identifizieren bzw. zu definieren." Außerdem soll geprüft werden, wie sich der Anspruch auf eine datensparsame Nutzung dieser Angebote durchsetzen ließe.

AUSWEITUNG DES NETZDG

Gefordert wird auch eine Überarbeitung des vor kurzem erst novellierten Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG). Dieses weise "einige gravierende Schutzlücken" auf, da beispielsweise Messenger-Dienste oder Plattformen mit einem spezifischen Themenfokus nicht vom Gesetz erfasst seien. Die JuMiKo verweist explizit auf illegale Inhalte, die in geschlossenen Chatgruppen von Messenger-Diensten geteilt werden, und fordert das Bundesjustizministerium (BMJV) zur Vorlage eines Regelungsvorschlags auf. Ebenso müsse überprüft werden, ob der Katalog erfasster rechtswidriger Inhalte im NetzDG ausreichend sei. Konkret angesprochen wird dabei das Thema Deepfakes. Zwar sei das bisherige rechtliche Instrumentarium ausreichend, wenn es um die Verletzung von Persönlichkeitsrechten gehe. Allerdings könnten Deepfakes im Einzelfall auch eine Gefahr für den öffentlichen Meinungsbildungsprozess darstellen, konstatiert die JuMiKo. Sofern Deepfakes in sozialen Netzwerken gepostet werden, solle auch hier das NetzDG greifen, eine Anpassung des Gesetzes gegebenenfalls geprüft werden, lautet die Forderung der Konferenz.

Vorgehen wollen die Justizminister:innen und -senator:innen der Länder auch gegen die Veröffentlichung sogenannter Rachepornos im Internet. Da es sich dabei in der Regel um eine unwiderrufliche Tat handle, die bei den Opfern schwerwiegende psychische Folgen zeitigen könne, wird der aktuelle Strafrahmen als unzureichend kritisiert. Die Bundesjustizministerin wird aufgefordert, "adäquate Regelungen zur schuldangemessenen strafrechtlichen Ahndung für das Verbreiten" solcher Inhalte sowie geeignete Ermittlungsinstrumente für eine effektive Durchsetzung des Verbots vorzuschlagen. Ermöglicht werden soll nach dem Wunsch der JuMiKo zudem die Verkehrsdatenspeicherung in schweren Fällen des Verbreitens von Rachepornos. Bundesjustizministerin Lambrecht solle sich vor diesem Hintergrund für die Schaffung gültiger europarechtlicher Vorgaben für eine verbindliche Verkehrsdatenspeicherung einsetzen. Außerdem müsse auch hier geprüft werden, inwieweit das NetzDG für die Löschung solcher Inhalte von Plattformen herangezogen werden könne, fordern die Justizminister:innen und -senatorinnen.

DOKUMENTE

Beschlüsse der 92. JuMiKo (16.06.2021)

http://tsp.pm/Looc6u



BSI STELLT BERICHT ZUM DIGITALEN VERBRAUCHERSCHUTZ VOR

CYBER-SICHERHEIT IT-SICHERHEIT VERBRAUCHERSCHUTZ

MAXIMILIAN ZECH

Mit dem am 28. Mai in Kraft getretenen IT-Sicherheitsgesetz 2.0 wurde die Verantwortung für den digitalen Verbraucherschutz an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) überwiesen. Nun hat das BSI seinen ersten Bericht zum digitalen Verbraucherschutz für das Jahr 2020 veröffentlicht. "In diesem Bericht bündelt die Behörde ab sofort jährlich die Expertise des ganzen BSI, analysiert entlang der integrierten Wertschöpfungskette von der Cyber-Abwehr bis hin zum Verbraucherschutz systematisch die Lage und verknüpft dies mit einem aktuellen Schwerpunktthema", teilt das Bundesamt mit. Im diesjährigen Bericht liegt der Schwerpunkt auf der Cybersicherheit im Gesundheitswesen, insbesondere auf Gesundheits-Apps. BSI-Präsident Arne Schönbohm bezeichnete den Bericht bei der Vorstellung am Mittwoch als wichtigen Meilenstein, der sich in erster Linie an Multiplikatoren wie Verbraucherzentralen und Verbände sowie an die Politik richte.

Gleich zu Beginn des Berichts wird eine Reihe von strategischen Zielen genannt, mit denen das BSI den digitalen Verbraucherschutz stärken will. So sollen in Zukunft "so viele Consumer-Produkte wie möglich" über ein IT-Sicherheitskennzeichen verfügen, mit dem die Sicherheitseigenschaften eines IT-Geräts für Verbraucher:innen transparent dargestellt werden sollen. Darüber hinaus seien weitere Kernziele darauf gerichtet, "das Risikobewusstsein im digitalen Raum zu schärfen, die Beurteilungsfähigkeit zu stärken und die Lösungskompetenz zu steigern". Das BSI selbst will der neu hinzugewonnenen Aufgabe durch die Gründung eines eigenen Fachbereichs innerhalb der Abteilung "Cyber-Sicherheit für Wirtschaft und Gesellschaft" sowie des Beirats Digitaler Verbraucherschutz gerecht werden.

RISIKEN IM IOT UND SMART HOME

Anhand einiger Beispiele von Sicherheitsvorfällen im vergangenen Jahr werden im Bericht drei für den digitalen Verbraucherschutz besonders kritische Handlungsfelder identifiziert. So stellten zum einen Smart-Home-Anwendungen und andere Produkte aus dem Internet of Things (IoT) ein potenzielles Risiko für Verbraucher:innen dar, "da in diesem Bereich einheitliche Sicherheitsstandards noch keine flächendeckende Anwendung finden, wodurch das Risiko von Sicherheitslücken besonders groß ist", konstatiert das BSI. Es seien nicht nur zahlreiche Sicherheitsmängel in konkreten Produkten wie Smart-TVs oder vernetzten Spielzeugen entdeckt worden, sondern in der "zentralen Sicherheitsarchitektur von IoT-Geräten und Hardware im Allgemeinen". Als äußerst problematisch sieht das BSI auch die "unzureichende Bedeutung von 'Security by Design'" an, die sich nicht nur im IoT, sondern auch in anderen Gebieten der Informationstechnik offenbare. "Die schiere Masse an gefundenen Sicherheitslücken zeigt, dass die IT-Sicherheit im Entwicklungsprozess keinesfalls die Berücksichtigung gefunden hat, die für ein ganzheitlich sicheres Produkt notwendig wäre", heißt es im Bericht. Die Gründe dafür auf der Anbieterseite seien mitunter "intransparent oder schlichtweg nicht nachvollziehbar". Das BSI spricht vor diesem Hintergrund von einer "digitalen Sorglosigkeit", die sowohl die Anbieter als auch die Verbraucher:innen betreffe.

In vielerlei Hinsicht nachlässig sei auch der Umgang mit Kundendatenbanken. 2020 seien persönliche und personenbezogene Daten millionenfach veröffentlicht und verbreitet worden und so ein "kaum kalkulierbares Schadensfeld" entstanden. Als Beispiel wird im Bericht ein Vorfall von Januar 2020 genannt, als etwa drei Millionen Daten von Kund:innen einer Autovermietungsfirma durch einen falsch konfigurierten Server an die Öffentlichkeit gelangten. Kundendatenbanken seien häufig per se mangelhaft oder aufgrund einfacher Konfigurationsfehler angreifbar, kritisiert die Behörde im Bericht. Die Absicherung der Datenbanken sei darum ein "integraler Bestandteil des Erfolgs von digitalem Verbraucherschutz".

GESUNDHEITS-APPS SCHNEIDEN SCHLECHT AB

Vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie liegt ein thematischer Fokus im diesjährigen Bericht auf den Risiken, die von digitalen Gesundheitsanwendungen ausgehen. So wird konstatiert, dass die "mit der Pandemie einhergehenden Unsicherheiten und Veränderungen" ebenso wie der allgemeine Digitalisierungsschub in vielen Lebensbereichen ein Einfallstor für Cyberkriminalität geboten hätten. Zu einer unerwartet großen Häufung von Angriffen sei es jedoch nicht gekommen. In einer separaten Studie untersuchte das BSI die potenziellen IT-Sicherheitsrisiken von Gesundheits-Apps, die keiner speziellen Regulierung unterliegen, also nicht als Medizinprodukte gelten. Das BSI kritisiert einerseits eine hohe Intransparenz des Marktes bezüglich Datenschutz und IT-Sicherheit sowie auch hier eine mangelhafte Umsetzung des Security by Design-Prinzips.

Von den sieben ausgewählten Gesundheits-Apps, bei denen das BSI eine tiefergehende sicherheitstechnische Untersuchung durchführte, seien im Schnitt nur elf von 28 Sicherheitsanforderungen des BSI erfüllt worden, sagte Nicolas Stöcker, Leiter der BSI-Projektgruppe Digitaler Verbraucherschutz, bei der Vorstellung der Studie. Sechs von sieben Apps wiesen teils erhebliche Sicherheitsdefizite auf, indem sie Passwörter im Klartext an Authentifizierungsdienste übermittelten. Zu den größten Problemen zählte Stöcker grundsätzlich das Fehlen von Security by Design sowie eines Protokolls der Anbieter, wie mit Sicherheitslücken umzugehen sei. Angesichts der Kritikalität der Gesundheitsdaten ruft das BSI im Verbraucherschutzbericht Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dazu auf, die analysierten Missstände zu beheben. Aktuell arbeite man mit den Anbietern daran, die Lücken zu schließen, erklärte Schönbohm. "Wenn wir sehen, dass das nicht behoben wird, dann behalten wir uns vor, eine entsprechende Produktwarnung auszusprechen."

Die Behörde selbst will einerseits durch den Austausch mit Verbraucherzentralen und Herstellern zu mehr digitaler Sicherheit für Verbraucher:innen beitragen und regt weitere Kooperationen innerhalb von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft an. Das BSI appelliert insbesondere an die Hersteller, Sicherheitsaspekte stärker in der Entwicklung von Produkten zu berücksichtigen, und verweist auf eigene technische Richtlinien und Basisstandards, die Anbietern als Richtschnur dienen könnten. So gelte etwa der vom BSI veröffentlichte IoT-Basisstandard als "international anerkannte Messlatte zur Beurteilung, ob IoT-Geräte für den Verbrauchermarkt über ein Mindestmaß an Cybersicherheit verfügen".

EMPFEHLUNGEN DES BSI

Darüber hinaus empfiehlt das BSI allen relevanten Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Bemühungen zu sicherheitsorientiertem und selbstbestimmtem Handeln in der digitalen Welt zu fördern. "Die Bereitstellung von Selbsthilfe-Anleitungen und Orientierungsmöglichkeiten, wie einem IT-Sicherheitskennzeichen, durch wirtschaftliche und staatliche Akteure bietet die Chance, Verbraucherinnen und Verbrauchern bei der Umsetzung von IT-Basisschutz für den privaten Gebrauch zu unterstützen", steht im Bericht. Empfehlungen müssten außerdem so formuliert werden, dass sie niedrigschwellig kommuniziert und unmittelbar umgesetzt werden können. Um Sicherheitslücken schnellstmöglich zu schließen, sollten Hersteller "flächendeckende Maßnahmen zur Problembehebung und Updates für betroffene Produkte" bereitstellen, fordert das BSI. Wichtig sei aber auch eine Intensivierung der Aufklärungsarbeit gegenüber den Verbraucher:innen.

DOKUMENTE

BSI: Bericht zum Digitalen Verbraucherschutz 2020 (16.06.2021)

http://tsp.pm/bU2qu5

BSI: IT-Sicherheit auf dem digitalen Verbrauchermarkt: Fokus Gesundheits-Apps (16.06.2021)

http://tsp.pm/vCw9vS



ÜBERSICHT DER KW 24

Ergebnisse der politischen Arbeit vom 14.06. bis 20.06.2021



BMBF

Karliczek: Mit FAIR-Data Spaces schaffen wir einen gemeinsamen Datenraum für Wissenschaft und Wirtschaft

BMBF

Karliczek: "Hightech-Strategie 2025 bringt Deutschland als Innovationsland weiter voran"

BMU

Umweltfreundliche Digitalisierung: Bundesumweltministerium treibt Entwicklung des digitalen Produktpasses voran



FRAGE & ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Nur vereinzelte Beschwerden wegen Scalpings

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Künstliche Intelligenz beim Zoll im Einsatz

FRAGE & ANTWORT

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG

Keine Bedenken gegen Clearingstelle Urheberrecht im Netz

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

AfD fragt nach digitalen Hilfsmitteln in der Ausbildung

FRAGE & ANTWORT

KLEINE ANFRAGE

Anbindung an digitales Impfnachweissystem

FRAKTIONEN

ANTRAG

Nachbesserungen an Basisdaten-Gesetz gefordert

FRAKTIONEN

MITTEILUNG

Union setzt strafrechtliches Maßnahmenpaket zum besseren Schutz von Frauen und Kindern durch

FRAKTIONEN MITTEILUNG

Höferlin: Müssen bei Digitalisierung jetzt den Turbo zünden

FRAKTIONEN MITTEILUNG

Sattelberger: Hightech-Strategie der Bundesregierung bleibt trivial

FRAKTIONEN MITTEILUNG

Digitales Impfzertifikat: Auf Spahns vollmundige Ankündigungen wird vor allem Frust folgen

FRAKTIONEN MITTEILUNG

Dr. Anna Christmann und Kai Gehring zum Fortschrittsbericht der Hightech-Strategie 2025



Keine Ergebnisse



BSI

BSI eröffnet neuen Stützpunkt in Saarbrücken – Schwerpunkt KI

Bitkom

Corona-Warn-App: Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer steigt

Bitkom

Bitkom fordert Digitalisierungszuschuss für 1,9 Millionen Haushalte

acatech

Spitzendialog des Forschungsbeirats veröffentlicht Kommuniqué mit 12 Impulsen für die Zukunft von Industrie 4.0

acatech

TechnikRadar 2021: Digitalisierung ändert das Arzt-Patienten-Verhältnis

acatech

Digitalisierung und Demokratie: Akademien analysieren die Rolle digitaler Technologien in der öffentlichen Kommunikation

D64

Die Login-Falle: Strafverfolgung im Internet ohne Massenüberwachung

GI

Datenschutz und IT-Sicherheit im Gesundheitswesen unverzichtbar

GI

GI-Stellungnahme zur geplanten Cybersicherheitsstrategie 2021

DPR

Interoperabilität als Voraussetzung für eine nutzenstiftende digitale Pflege



DATEN/DATENSCHUTZ WIRTSCHAFT FORSCHUNG

BMBF 16.06.2021

KARLICZEK: MIT FAIR-DATA SPACES SCHAFFEN WIR EINEN GEMEINSAMEN DATENRAUM FÜR WISSENSCHAFT UND WIRTSCHAFT

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	http://tsp.pm/p8Cn9r	-

Mit dem Initiativprojekt "FAIR-Data Spaces" unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ab sofort den Aufbau eines gemeinsamen cloudbasierten Datenraums für Wissenschaft und Wirtschaft durch die Verknüpfung von GAIA-X und der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI). Zum Projektstart erklärt Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: "[...] Mit der Förderung der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) vernetzen wir Forschungsdaten und machen sie besser über alle Wissenschaftsdisziplinen hinweg nutzbar. Mit GAIA-X bauen wir ein sicheres, vertrauenswürdiges und offenes Daten- und Infrastrukturökosystem in Europa auf, das den höchsten Ansprüchen an digitale Souveränität genügt. Nun gehen wir einen ambitionierten Schritt weiter und verknüpfen diese beiden Initiativen durch das neue Verbundprojekt 'FAIR-Data Spaces'. Das Bundesforschungsministerium fördert dies mit 6,3 Millionen Euro. Damit wollen wir zeigen, dass ein gemeinsamer Datenraum machbar ist. So soll perspektivisch ein neues Instrument des Wissens- und Technologietransfers entstehen, das Datenräume aus der Wirtschaft und der Wissenschaft miteinander verbindet und bisher nicht genutzte Potenziale erschließt." [...]

RMRE		

KARLICZEK: "HIGHTECH-STRATEGIE 2025 BRINGT DEUTSCHLAND ALS INNOVATIONSLAND WEITER VORAN"

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	http://tsp.pm/uD8lj9	_

Am heutigen Mittwoch hat das Bundeskabinett den Bericht zur Hightech-Strategie 2025 beschlossen und damit auch zum Jahresgutachten 2021 der Expertenkommission Forschung und Innovation Stellung genommen. Dazu erklärt Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: "Der Bericht zur Hightech-Strategie 2025 legt einen Schwerpunkt auf die Rolle von Forschung und Innovation bei der Bewältigung der Corona-Pandemie. Fazit: Das deutsche Forschungsund Innovationssystem hat sich in der Pandemie bewährt und in beeindruckendem Tempo neue Erkenntnisse zum Corona-Virus und den Auswirkungen der Krise hervorgebracht. Die Grundlagen für diese Leistungsfähigkeit hat die Bundesregierung unter dem Dach der Hightech-Strategie 2025 gelegt – in vielen Jahren verlässlicher Priorisierung und kontinuierlicher Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Wir sind das Innovationsland Deutschland. Diese starke Stellung ist kein Zufall. Sie ist das Ergebnis einer Politik, die konsequent auf Forschung und Innovation setzt. Im Jahr 2019 flossen 3,18 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) in Forschung und Entwicklung. Auch in Zeiten der Pandemie bleibt es das erklärte Ziel der Bundesregierung, bis 2025 insgesamt 3,5 Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung aufzuwenden. Die Expertenkommission Forschung und Innovation hat uns in ihrem Jahresgutachten bescheinigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. [...]" [...]

HIGHTECH FORDERUNG INNOVATION	IGHTECH FÖRDERUNG INNOVATION
-------------------------------	--------------------------------------

BMU

16.06.2021

UMWELTFREUNDLICHE DIGITALISIERUNG: BUNDESUMWELTMINISTERIUM TREIBT ENTWICKLUNG DES DIGITALEN PRODUKTPASSES VORAN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung	http://tsp.pm/5xwkC7	-

Das Bundesumweltministerium fördert die Entwicklung eines digitalen Produktpasses für Batterien in Elektrofahrzeugen. Digitale Produktpässe sollen dazu beitragen, den Materialverbrauch von Produkten für alle Akteure in der Produktions- und Lieferkette - vom Hersteller bis zu Verbraucherinnen und Verbrauchern - offen zu legen. In einem dreitägigen interdisziplinären Workshop entwickeln Fachleute aus der Batterieindustrie, Wissenschaft, der Europäischen Kommission und des BMU ab heute konzeptionelle Prototypen für diese Produktpässe. [...] Der digitale Produktpass soll zuerst für Batterien in Elektrofahrzeugen eingesetzt werden. So sieht es neben entsprechenden Anforderungen für bestimmte Industriebatterien die geplante Europäische Batterie-Verordnung vor, die 2022 verabschiedet werden soll. Der Lebenszyklus von Batterien ist entscheidend für die Umweltfreundlichkeit der Elektromobilität. Insbesondere sollen die Herstellung und das Recycling der Batterien so gestaltet werden, dass der Einsatz von Rohstoffen sinkt und die Bestandteile der Batterien weitgehend wiederverwendet werden können. [...]

WIRTSCHAFT NACHHALTIGKEIT



FRAGE & ANTWORT

NUR VEREINZELTE BESCHWERDEN WEGEN SCALPINGS

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/30375	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion
	http://tsp.pm/rJzy23	(19/30032)

Der Bundesregierung sind lediglich vereinzelte Verbraucherbeschwerden über sogenannte Scalping-Vorfälle bekannt. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion bezieht sich die Bundesregierung dabei auf Einschätzungen der Verbraucherzentrale. Bei Scalping geht es um ein gezieltes Verknappen des Angebots im Online-Handel durch zum Teil automatisierte Warenaufkäufe. Beschwerden von Unternehmen seien nicht bekannt, auch an das Bundeskartellamt seien keine Beschwerden wegen vermeintlicher Wettbewerbsverzerrung durch Scalping herangetragen worden. Die Bundesregierung will jedoch die Marktentwicklung diesbezüglich beobachten. Falls sie Handlungsbedarf feststellen sollte, werde sie "Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen vorlegen". (hib)

HANDEL WIRTSCHAFT

FRAGE & ANTWORT

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ BEIM ZOLL IM EINSATZ

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/30278 http://tsp.pm/N2XAVK	Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/29429)

Der deutsche Zoll arbeitet in vier Bereichen mit Künstlicher Intelligenz (KI). Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion ausführt, ist in vier Anwendungsfeldern Software im Einsatz oder in der Entwicklung, deren Algorithmen KI-Elemente beinhalten. Bei der Zentralstelle für Gewerblichen Rechtsschutz wird ein Projekt zur Plagiatserkennung entwickelt. Das dort eingesetzte Datenbanksystem zum Schutz geistiger Eigentumsrechte soll durch ein selbstlernendes System optimiert werden. Bei der Zentralen Auskunft des Zolls kommen Chatbots zum Einsatz, virtuelle Dialogassistenten, die anhand von Wahrscheinlichkeitsparametern die Fragen prüfen und einen geeigneten fachlichen Inhalt zur Antwort auswählen. Die Geldwäsche-Behörde FIU (Financial Intelligence Unit) setzt ein KI-Modul ein, das Verdachtsmeldungen automatisiert vorbewertet und so die Analysten der FIU unterstützt. Außerdem wird zur Zeit ein System entwickelt, das das Risikomanagement bei Zollverfahren verbessern soll. (hib)

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ REGIERUNG

FRAGE & ANTWORT

KEINE BEDENKEN GEGEN CLEARINGSTELLE URHEBERRECHT IM NETZ

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antwort der Bundesregierung	19/30579	Kleine Anfrage der Fraktion
	http://tsp.pm/uQ0vWd	Bündnis 90/Die Grünen
		(19/30050)

Die Bundesregierung hegt keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Gründung einer Clearingstelle Urheberrecht im Internet. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist sie auf die formlose Einbindung der Bundesnetzagentur. So sei sichergestellt, dass vor Netzsperren durch Internetzugangsanbieter Netzneutralitätsvorgaben von EU-Seite berücksichtigt würden. Darüber hinaus sei es möglich, umgesetzte Sperren gerichtlich überprüfen zu lassen. (hib)

	URHEBERRECHT	EU
--	--------------	----

FRAGE & ANTWORT

AFD FRAGT NACH DIGITALEN HILFSMITTELN IN DER AUSBILDUNG

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der AfD-Fraktion	19/30430	-
	http://tsp.pm/IYDQHq	

Die AfD-Fraktion verlangt Auskunft über den Einsatz von digitalen Hilfsmitteln in der Ausbildung der Bundeswehr. In einer Kleinen Anfrage will sie unter anderem wissen, welche digitalen Hilfsmittel aktuell bei der taktischen Ausbildung von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten eingesetzt werden. Zudem möchte sie erfahren, ob die Bundeswehr die Beschaffung des digitalen Sandkastens Virtual Rock Drill (VRD) plant und welche Staaten diese Simulation bereits einsetzen. (hib)

MILITÄR

FRAGE & ANTWORT

ANBINDUNG AN DIGITALES IMPFNACHWEISSYSTEM

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Kleine Anfrage der FDP-Fraktion	19/30644 http://tsp.pm/2iGnIq	-

Die Anbindung der Impfzentren und Hausärzte an ein digitales Covid-19-Impfnachweissystem ist Thema einer Kleinen Anfrage der FDP-Fraktion. Die Abgeordneten wollen wissen, ob die Bundesregierung ein einheitliches Konzept für eine solche Anbindung plant. (hib)

GESUNDHEIT/PFLEGE

FRAKTIONEN

NACHBESSERUNGEN AN BASISDATEN-GESETZ GEFORDERT

KATEGORIE	DRUCKSACHE	REFERENZ
Antrag der AfD-Fraktion	19/30685	-
	http://tsp.pm/xlHjFr	

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, bei den Regelungen zu Unternehmensdaten nachzubessern. In einem Antrag listen die Abgeordneten detailliert Änderungsvorschläge zu einzelnen Gesetzespassagen auf, die nach ihrer Ansicht zu weniger Bürokratie und weniger Aufwand für Verwaltung und Unternehmen gleichermaßen führen. Außerdem solle der Normenkontrollrat stärker in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden und Kosten zu sparen. Der Bundestag hatte das Gesetz zu Unternehmensbasisdaten in der vergangenen Woche beschlossen. [...] (hib)

BÜROKRATIEABBAU WIRTSCHAFT

FRAKTIONEN

UNION SETZT STRAFRECHTLICHES MAßNAHMENPAKET ZUM BESSEREN SCHUTZ VON FRAUEN UND KINDERN DURCH

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der CDU/CSU-Fraktion	http://tsp.pm/UwTBXB	-

Die Koalitionsfraktionen haben sich am heutigen Mittwoch auf ein umfassendes strafrechtliches Maßnahmenpaket zum besseren Schutz von Frauen und Kindern geeinigt. Das Paket soll in der kommenden Woche im Bundestag verabschiedet werden. Dazu erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Jan-Marco Luczak: "In harten Verhandlungen hat die Union der SPD zum Ende der Legislaturperiode noch ein umfassendes strafrechtliches Maßnahmenpaket zum besseren Schutz von Frauen und Kindern abgerungen. Frauen werden künftig besser vor Stalking geschützt. Der Straftatbestand der Nachstellung wird praxistauglicher ausgestaltet, damit die Betroffenen auch wirklich besser geschützt werden. Durch die Strafverschärfungen können Täter nun auch schneller in Untersuchungshaft genommen werden. [...] Der Schutz der Schwächsten in unserer Gesellschaft, unserer Kinder, liegt der Union in besonderer Weise am Herzen. Nach dem umfangreichen Gesetzespaket zum Schutz vor sexuellen Kindesmissbrauch konnten wir mit dem Verbot von Missbrauchsanleitungen einen weiteren wichtigen Punkt durchsetzen. Im Internet kursierende Anleitungen zum Missbrauch von Kindern, die den Tätern das Begehen und Verdecken von Straftaten erleichtern, werden strafbar. Zudem werden wir für den verbesserten Schutz der allgemeinen Rechtssicherheit einerseits die sogenannten Feindeslisten und andererseits die kriminellen Handelsplattformen unter Strafe stellen. [...]

JUSTIZ HASS IM NETZ

FRAKTIONEN

HÖFERLIN: MÜSSEN BEI DIGITALISIERUNG JETZT DEN TURBO ZÜNDEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der FDP-Fraktion	http://tsp.pm/VkxnTt	-

Zum Digitaltag erklärt der digitalpolitische Sprecher der FDP-Fraktion und Vorsitzende des Digitalausschusses Manuel Höferlin: "Das Motto des Digitaltags 'Digitalisierung gemeinsam gestalten' klingt gut, trifft aber leider auf die Bundesregierung nicht zu. Ein ehrliches Motto für die Große Koalition wäre: Digitalisierung endlich mal anfangen. Denn der rote Faden der Digitalpolitik dieser Bundesregierung ist, dass wichtige Digitalprojekte verschleppt, verkorkst und verteuert werden. Daran konnten auch die unzähligen Beratergremien, Kommissionen und Arbeitsgruppen nichts ändern. Im Gegenteil: Viele Digitalprojekte wurden sogar ganz angehalten, um Abschlussberichte und Empfehlungen abzuwarten und danach ganz in Behördenschubladen zu verschwinden. Wenn wir bei der Digitalisierung jetzt nicht den Turbo zünden, wird Deutschland bald ganz abgehängt. Eine neue Bundesregierung muss nun mutige Reformen angehen. Dazu gehört mindestens ein koordinierendes Digitalministerium, ein Wettbewerbs-Turbo beim Ausbau der digitalen Infrastruktur und ein modernes, innovationsfreundliches Datenrecht."

DIGITALPOLITIK REGIERUNG

FRAKTIONEN

SATTELBERGER: HIGHTECH-STRATEGIE DER BUNDESREGIERUNG BLEIBT TRIVIAL

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der FDP-Fraktion	http://tsp.pm/KUpxTy	-

Zum Kabinettsbeschluss des Berichts der Bundesregierung zur Hightech-Strategie erklärt der innovations-, bildungsund forschungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Dr. Thomas Sattelberger: "Die Hightech-Strategie der Bundesregierung bleibt trivial: Sie weist weder messbare Erfolge noch Ziele auf. Sie addiert nur Vorhaben, die ohnehin bestehen, und wieviel Geld geflossen ist. Viel wichtiger wäre eine Relation von Input zu Output sowie, was wirklich konkret
herausgekommen ist. Aber Bundesforschungsministerin Karliczek verschweigt lieber, ob sich ihre Investitionen Iohnen. Deutschlands Forschungspolitik muss aber vorausschauender agieren, egal ob bei der Impfstoffentwicklung, Wasserstoffforschung oder neuronalen Künstlichen Intelligenz. Dabei darf mehr Freiheit für Experimentierräume nicht länger in Prüfklauseln versteckt werden. Nicht einmal vorgebliche Flaggschiffprojekte wie die Cyberagentur können ihre
Arbeit machen. Sie sollen bei der Innovation Tango tanzen, werden aber von antiquierten Regeln und bürokratischen
Wächtern ausgebremst. Karliczek hat nicht verstanden, wie Innovation entsteht. Ab Herbst muss eine neue Bundesregierung bessere Rahmenbedingungen setzen. Entscheidend sind dabei: weniger Bürokratie und mehr Vertrauen in
unternehmerisches Handeln."

FRAKTIONEN

DIGITALES IMPFZERTIFIKAT: AUF SPAHNS VOLLMUNDIGE ANKÜNDIGUNGEN WIRD VOR ALLEM FRUST FOLGEN

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Die Linke	http://tsp.pm/IM6anC	-

"Von der Corona-Warn-App hätte die Bundesregierung lernen können, dass es nicht nur auf die Bereitstellung einer App ankommt, sondern dass vor allem die Prozesse bei allen Beteiligten funktionieren müssen. Gesundheitsminister Jens Spahn hat offenbar nicht einmal die grundlegendsten Erfolgskriterien von IT-Projekten verstanden. Seine vollmundigen Ankündigungen, ab 14. Juni könne man das digitale Impfzertifikat in Deutschland erhalten, werden unweigerlich zu viel Frust und Enttäuschung führen: bei Ärzten, die mangels Software flächendeckend nicht in der Lage sind, das Zertifikat zu erstellen, und deren Telefone nicht mehr stillstehen, und bei Apotheken, die zu spät informiert wurden, keine Schulung für die Ausstellung erhielten und über ein Portal die Ausstellung der Zertifikate abwickeln sollen, das überlastet ist – vor allem aber bei Geimpften, die von Pontius zu Pilatus laufen, ohne eine Apotheke oder eine Arztpraxis zu finden, bei der sie das versprochene Zertifikat erhalten können. Nicht einmal das Portal funktioniert verlässlich, auf dem sie ausstellende Apotheken suchen können. Wie sollen so für 60 Millionen Impfungen Zertifikate nachträglich ausgestellt werden?", erklärt Anke Domscheit-Berg, netzpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Einführung des digitalen Impfzertifikats. [...]

APPS GESUNDHEIT/PFLEGE

FRAKTIONEN

DR. ANNA CHRISTMANN UND KAI GEHRING ZUM FORTSCHRITTSBERICHT DER HIGHTECH-STRATEGIE 2025

KATEGORIE	QUELLE	REFERENZ
Mitteilung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	http://tsp.pm/NfVZcJ	-

Zu dem im Kabinett vorgestellten Fortschrittsbericht der Hightech-Strategie 2025 erklären Dr. Anna Christmann, Sprecherin für Innovations- und Technologiepolitik, und Kai Gehring, Sprecher für Forschung, Wissenschaft und Hochschule: "Der Hightech-Strategie fehlt das Strategische, sie ist und bleibt ein forschungspolitisches Sammelsurium auf Hochglanzpapier. Die Bundesregierung formuliert Forschungsmissionen ohne klare Zielsetzungen und verbindliche Zeithorizonte und verkennt damit die Zeichen der Zeit: Unser Land braucht endlich einen innovationspolitischen Aufbruch ins Zukunftsland. Viel zu einseitig fokussiert die Bundesregierung auf technische Innovationen, anstatt durch kluge Förderformate auch soziale und ökologische Innovationen zu entfachen. Klimakrise, Artensterben, Gesundheitsrisiken und Digitalisierung brauchen endlich eine vorausschauende Wissenschafts- und Forschungspolitik. [...] Die Hightech-Strategie wollen wir durch ambitionierte Forschungsmissionen zu einer ganzheitlichen Zukunftsstrategie weiterentwickeln, mit dem klaren Ziel, die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bis 2030 zu erreichen. In breit angelegten Partizipationsverfahren sollen diese Missionen mit konkreten Zielsetzungen mit messbaren Zwischenzielen definiert werden. Dafür müssen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft – neben Wissenschaft und Wirtschaft – transparent und mit klaren Zuständigkeiten in die Foren und Beratungsgremien des Bundes eingebunden werden. Für die administrative Begleitung der Missionen gilt es agile, ministeriumsübergreifende Strukturen mit eigener Entscheidungskompetenz und Budgethoheit zu schaffen."

HIGHTECH INNOVATION FÖRDERUNG



BEHÖRDEN

BUNDESAMT FÜR SICHERHEIT IN DER INFORMATIONSTECHNIK (BSI)

14.06.2021

BSI ERÖFFNET NEUEN STÜTZPUNKT IN SAARBRÜCKEN – SCHWERPUNKT KI

Mit einem neuen Stützpunkt in Saarbrücken verfolgt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) konsequent die Strategie, sich in den Ökosystemen der Digitalisierung zu vernetzen und diese auszubauen. Gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes, Tobias Hans, und dem Generaldirektor der französischen Partnerbehörde ANSSI, Guillaume Poupard, hat BSI-Präsident Arne Schönbohm heute den BSI-Stützpunkt im Scheer Tower der saarländischen Landeshauptstadt eröffnet. Dort wird das BSI zusammen mit den in Saarbrücken angesiedelten international führenden Forschungseinrichtungen seine Arbeiten zur Künstlichen Intelligenz (KI) deutlich intensivieren. Dazu BSI-Präsident Arne Schönbohm: "Wir finden in Saarbrücken beste Voraussetzungen für unsere Arbeit an einem Top-Thema der Gegenwart: Künstliche Intelligenz. Als Cyber-Sicherheitsbehörde des Bundes vernetzen wir uns ganz bewusst mit der nationalen Forschungslandschaft und schaffen weitere Synergien in starken digitalen Ökosystemen. Darüber hinaus ist Saarbrücken ein idealer Standort für die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Europa. Das BSI verfolgt damit das klare Ziel, eine weltweit führende Position zu Cyber-Sicherheitsfragen in und mit KI-Systemen aufzubauen. [...]" [...]

http://tsp.pm/w8ji6A

CYBER-SICHERHEIT KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

WIRTSCHAFT

вітком

15.06.2021

CORONA-WARN-APP: VERTRAUEN DER NUTZERINNEN UND NUTZER STEIGT

Am Mittwoch gibt es die Corona-Warn-App seit einem Jahr. Das Vertrauen der Nutzerinnen und Nutzer in die App ist in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen: 72 Prozent derjenigen, die die App installiert haben oder dies planen, würden ein positives Ergebnis in der App teilen. Im Januar 2021 waren es noch 62 Prozent. 33 Prozent hatten damals zugegeben, andere im Falle einer eigenen Infektion trotz der durch die App gesicherten Anonymität nicht warnen zu wollen – jetzt sind es noch 22 Prozent. 6 Prozent sind in diesem Punkt unsicher (Anfang 2021: 5 Prozent). Das sind die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter 1.157 Menschen in Deutschland ab 16 Jahren. Eine Mehrheit derjenigen, die ein positives Ergebnis nicht teilen würden, sorgt sich, dass die eigenen Daten nicht anonym sind (79 Prozent). 35 Prozent aus dieser Gruppe wollen grundsätzlich keine Gesundheitsdaten teilen. 5 Prozent sehen sich technisch außer Stande. [...]

http://tsp.pm/GMZhyA

APPS

GESUNDHEIT/PFLEGE

BITKOM

16.06.2021

BITKOM FORDERT DIGITALISIERUNGSZUSCHUSS FÜR 1,9 MILLIONEN HAUSHALTE

Der Digitalverband Bitkom schlägt vor, alle Haushalte finanziell zu unterstützen, die via Festnetz oder Mobilfunk bislang mit Bandbreiten von nicht mehr als 30 Mbit/s versorgt sind. Davon könnten fast 1,9 Millionen Haushalte profitieren. Das Bundesverkehrsministerium hatte hierfür einen Digitalisierungszuschuss angekündigt, der allerdings an so enge Bedingungen geknüpft ist, dass er nur 20.000 Haushalten zugutekäme. "Der Bundesverkehrsminister macht mit dem Digitalisierungszuschuss grundsätzlich den richtigen Vorschlag, um sehr schnell Breitband in die letzten noch nicht versorgten Haushalte zu bringen. Zugleich wird aber die Wirksamkeit des Digitalisierungszuschusses durch die Beschränkung auf Einzel- und Randlagen in sogenannten Graue-Flecken-Fördergebieten unnötig geschmälert", sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. "Der Digitalisierungszuschuss kann sehr viel schneller, unbürokratischer und effizienter die Breitbandversorgung verbessern als andere Instrumente. Von ihm sollten aber auch wirklich alle Betroffenen und nicht nur 20.000 ausgewählte Haushalte profitieren." Mit dem Zuschuss sollen vor allem Kosten für die Erstausstattung mit einer Anlage zum Beispiel für einen Internetanschluss via Satellit gedeckt werden. Diese liegen in der Regel bei etwa 500 Euro. Berg: "Die Satelliten-Technologie hat in den vergangenen Jahren in puncto Bandbreite, Latenz und Zuverlässigkeit stark aufgeholt. Es ist an der Zeit, das Satelliten-Internet von seinem Mauerblümchen-Image zu befreien. Es kann als hochwertige Brückentechnologie kurzfristig für Breitband sorgen, wo der Ausbau mit anderen Technologien unter anderem aufgrund fehlender Baukapazitäten noch länger dauert." An dem mittel- und langfristigen Ziel, Deutschland flächendeckend mit Gigabit zu versorgen, solle nicht gerüttelt werden. [...]

http://tsp.pm/GBnfFm

BREITBAND

INFRASTRUKTUR

FÖRDERUNG

GESELLSCHAFT

DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN (ACATECH)

17.06.2021

SPITZENDIALOG DES FORSCHUNGSBEIRATS VERÖFFENTLICHT KOMMUNIQUÉ MIT 12 IMPULSEN FÜR DIE ZUKUNFT VON INDUSTRIE 4.0

Die Folgen der Corona-Pandemie und der globale Systemwettbewerb stellen die Industrie vor neue Herausforderungen. Zu diesem Anlass haben sich am 16. Juni führende Industrievertreter bei einem Spitzendialog zur Zukunft von Industrie 4.0 ausgetauscht. Der Forschungsbeirat der Plattform Industrie 4.0 hatte dazu geladen und wirbt dafür, dass Industrie 4.0 auch weiterhin durch die Politik unterstützt wird, um ihr volles Potenzial für die digitale Souveränität und eine nachhaltige Wirtschaft entfalten zu können. Die Ergebnisse des Spitzendialogs fasst der Forschungsbeirat in zwölf Punkten in Form eines schriftlichen Kommuniqués zusammen. [...]

http://tsp.pm/200Yum

DIGITALE SOUVERÄNITÄT

FORSCHUNG

INDUSTRIE 4.0

DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN (ACATECH)

15.06.2021

TECHNIKRADAR 2021: DIGITALISIERUNG ÄNDERT DAS ARZT-PATIENTEN-VERHÄLTNIS

Elektronische Patientenakte, Telemedizin, digitale Vernetzung der Akteure: Deutschland steigt großflächig in die Digitalisierung des Gesundheitssystems ein. Was die betroffenen Stakeholder von der digitalen Transformation erwarten, wie sie die Chancen und Risiken bewerten und welche Zielkonflikte es gibt, untersucht das TechnikRadar 2021 von acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, der Körber-Stiftung und dem Zentrum für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung der Universität Stuttgart (ZIRIUS). Das deutsche Gesundheitswesen steht vor einem tiefgreifenden Umbruch, da sind sich Ärztinnen und Ärzte sowie Vertreterinnen und Vertreter von Krankenhäusern, Pharmaunternehmen und Patientenverbänden einig. Das zeigt das TechnikRadar 2021, das in diesem Jahr die Perspektiven gesundheitsrelevanter Stakeholder analysiert hat. [...]

http://tsp.pm/amI3IX

DATEN/DATENSCHUTZ | GESUNDHEIT/PFLEGE

DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN (ACATECH)

16.06.2021

DIGITALISIERUNG UND DEMOKRATIE: AKADEMIEN ANALYSIEREN DIE ROLLE DIGITALER TECHNOLOGIEN IN DER ÖFFENTLICHEN KOMMUNIKATION

Die Digitalisierung spielt bei den Prozessen und Entwicklungen in einer Demokratie eine immer größere Rolle. Denn Digitalisierung erweitert die Möglichkeiten der Information, Kommunikation und Partizipation. Gleichzeitig können digitale Technologien zu einer schnellen Verbreitung von Falschinformationen beitragen und bergen ein Potenzial für Meinungsmanipulation, zum Beispiel vor Wahlen. Dieses Spannungsfeld ist Thema der Stellungnahme "Digitalisierung und Demokratie", die die Wissenschaftsakademien heute veröffentlichen. Darin analysieren die Autorinnen und Autoren Aspekte des Zusammenspiels von Digitalisierung und Demokratie. Darauf aufbauend formulieren sie Handlungsempfehlungen zur Gestaltung künftiger Entwicklungen durch Politik, Recht und Zivilgesellschaft. [...]

http://tsp.pm/AAAT8Y

WAHL

DESINFORMATION

D64 – ZENTRUM FÜR DIGITALEN FORTSCHRITT

14.06.2021

DIE LOGIN-FALLE: STRAFVERFOLGUNG IM INTERNET OHNE MASSENÜBERWACHUNG

Hasskriminalität im Internet ist ein Problem: Insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen, die auch "in der analogen Welt" im besonderen Maße Belästigungen und Diskriminierung ausgesetzt sind, werden jeden Tag im Internet beleidigt und bedroht. In einigen dieser Fälle nutzen Täter:innen den Deckmantel der Anonymität und versuchen so, Konsequenzen für ihr strafbares Handeln zu entgehen. Anonymität im Internet ist wichtig. Sie schützt viele Menschen, die Gutes tun, aber Repressalien befürchten müssen: Seien es Journalist:innen, Whistleblower:innen oder Regimegegner:innen in autoritären Staaten. [...] Deshalb muss Anonymität im Internet grundsätzlich gewahrt werden. Trotzdem bedarf es ein effektives Instrument zur Strafverfolgung. Unser Vorschlag: Die Login-Falle. [...] Wir sind der Meinung, dass bereits mit dem bestehenden rechtlichen Instrumentenkasten eine effektive Strafverfolgung online möglich ist. Ohne die zusätzliche Speicherung von Daten und ohne neue Eingriffsbefugnisse kann die Deanonymisierung von Verdächtigen funktionieren, wenn Polizeibehörden, Plattformen und Telekommunikationsanbieter ihre Anfragen und ihren Datenaustausch standardisieren. [...]

http://tsp.pm/kwXjgl

JUSTIZ

HASS IM NETZ

GESELLSCHAFT FÜR INFORMATIK (GI)

16.06.2021

DATENSCHUTZ UND IT-SICHERHEIT IM GESUNDHEITSWESEN UNVERZICHTBAR

Der Präsidiumsarbeitskreis Datenschutz und IT-Sicherheit der Gesellschaft für Informatik (GI) fordert den Bundesgesundheitsminister auf, das vom Sachverständigenrat zur Digitalisierung des Gesundheitswesens am 17.06. vorgestellte Gutachten "Digitalisierung für Gesundheit" aufgrund sachlicher Mängel zurückzuweisen. Das vom Sachverständigenrat Gesundheit (SVR) am 17.06.2021 vorgestellte Gutachten "Digitalisierung für Gesundheit – Ziele und Rahmenbedingungen eines dynamisch lernenden Gesundheitssystems" weist nach Einschätzung des Präsidiumsarbeitskreises Datenschutz und IT-Sicherheit (PAK) sachliche Mängel in Bezug auf Datenschutz und IT-Sicherheit auf. Der PAK folgt zwar grundsätzlich dem im Gutachten vertretenen Standpunkt, dass sämtliche Bemühungen zur Digitalisierung dem Wohle des Patienten dienen müssen und Daten zum Zwecke der Forschung und Verbesserung der individuellen Versorgungssituation einen wesentlichen Baustein dieser Strategie darstellen. Allerdings wird unsachgemäß und inhaltlich falsch der Eindruck vermittelt, dass die geltenden gesetzlichen Datenschutzvorgaben ein nicht hinnehmbares Hemmnis für die vorgesehene medizinische Versorgung und Forschung darstellen. [...]

http://tsp.pm/hAtrKn

DATEN/DATENSCHUTZ IT-SICHERHEIT GESUNDHEIT/PFLEGE

GESELLSCHAFT FÜR INFORMATIK (GI)

18.06.2021

GI-STELLUNGNAHME ZUR GEPLANTEN CYBERSICHERHEITSSTRATEGIE 2021

Die Gesellschaft für Informatik (GI) spricht sich für ein konsequentes Schließen von IT-Sicherheitslücken sowie gegen die Schwächung von Verschlüsselungstechnologien aus. Die Cybersicherheitsstrategie 2021 (CSS) ist eine Neuauflage der CSS aus dem Jahr 2016 und wird den ressortübergreifenden strategischen Rahmen für die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Cyber- und IT-Sicherheit bilden. Ihr Ziel ist es, dass Bürgerinnen und Bürger sicher, frei und selbstbestimmt mit digitalen Technologien interagieren können. Das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat hat am 9. Juni 2021 dazu aufgerufen, Stellungnahmen zum Entwurf der CSS einzureichen. Die Gesellschaft für Informatik (GI) bezieht sich in ihrer Stellungnahme auf den im Entwurf ausgeführten Umgang mit 0-day-Schwachstellen (8.3.8) sowie den Ansatz "Sicherheit trotz Verschlüsselung" (8.3.9). [...]

Grundsätzlich begrüßt die GI das Ziel der CSS, einen "verantwortungsvollen Umgang mit 0-day-Schwachstellen" zu etablieren. Im Hinblick auf die IT-Sicherheit der deutschen Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger kann dieser jedoch nur darin bestehen, bekannt gewordene Sicherheitslücken im Sinne einer Responsible Disclosure schnellstmöglich zu veröffentlichen. Die GI lehnt zudem den in der CSS genannten Ansatz der "Sicherheit trotz Verschlüsselung" ab, da dieser faktisch eine Schwächung von Sicherheitstechnologien bedeutet. Der Ansatz würde zu einem starken Vertrauensverlust in die digitale Kommunikation führen und steht somit dem Ziel einer umfassenden Verwaltungsdigitalisierung entgegen. [...]

http://tsp.pm/Qup8jQ

CYBER-SICHERHEIT REGIERUNG

SONSTIGE

DEUTSCHER PFLEGERAT (DPR)

16.06.2021

INTEROPERABILITÄT ALS VORAUSSETZUNG FÜR EINE NUTZENSTIFTENDE DIGITALE **PFLEGE**

Institutionen aus dem Bereich der beruflichen Pflege, der Wissenschaft und Industrie sprechen sich in einem fachlichen Diskussionspapier für die konsequente Umsetzung von Interoperabilität und die Verwendung technischer Standards in der Pflege aus. Sie sehen darin eine zentrale Voraussetzung für eine nutzenstiftende und erfolgreiche Digitalisierung der Pflege. [...] Das Diskussionspapier ist ein gemeinsamer Impuls des Bundesverbands Gesundheits-IT (bvitg), der Bundespflegekammer, des Deutschen Pflegerats (DPR), der Forschungsgruppe Informatik im Gesundheitswesen der Hochschule Osnabrück und der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein. [...]

http://tsp.pm/hJGBtS

GESUNDHEIT/PFLEGE



ÜBERSICHT ZUM 21.06.2021

Status der Gesetzgebungsverfahren zum 21.06.2021



Keine neuen Gesetze und Verordnungen



2. BERATUNG BUNDESRAT

530/21

Gesetz zur Errichtung und Führung eines Registers über Unternehmensbasisdaten und zur Einführung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer für Unternehmen und zur Änderung weiterer Gesetze

2. BERATUNG BUNDESRAT

524/21

Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie (DiRUG)

2. BERATUNG BUNDESRAT

523/21

Gesetz zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union und zur Aufhebung der Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 auf das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

2. BERATUNG BUNDESRAT

522/21

Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt

2. BERATUNG BUNDESRAT

521/21

Gesetz zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften

2. BERATUNG BUNDESRAT

520/21

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht

2. BERATUNG BUNDESRAT

517/21

Zweites Gesetz zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts

2. BERATUNG BUNDESRAT

512/21

Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts

2. BERATUNG BUNDESRAT

495/21

Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (LkSG)

2. BERATUNG BUNDESRAT

474/21

Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/816 sowie zur Änderung weiterer Vorschriften

2. BERATUNG BUNDESRAT

470/21

Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät

2. BERATUNG BUNDESRAT

461/21

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen und zur Änderung anderer Gesetze

BERATUNG BUNDESRAT

515/21

Gesetz zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei

BERATUNG BUNDESRAT

396/21

Verordnung nach § 3 Absatz 2 Satz 2 des Onlinezugangsgesetzes

BERATUNG BUNDESRAT

395/21

Verordnung zu automatisierten Datenabrufen aus den Pass- und Personalausweisregistern sowie zur Änderung der Passverordnung, der Personalausweisverordnung und der Aufenthaltsverordnung

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/29761

Gesetz zur Stärkung der Datenschutzaufsicht (DSAufsichtsG)

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/28679

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – effektivere Bekämpfung von Nachstellungen und bessere Erfassung des Cyberstalkings

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/28678

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes gegen sogenannte Feindeslisten

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/28399

Gesetz zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer prozessrechtlicher Vorschriften

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/28175

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafbarkeit des Betreibens krimineller Handelsplattformen im Internet und des Bereitstellens entsprechender Server-Infrastrukturen

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/27653

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/27442

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/27424

Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/26915

Gesetz für faire Verbraucherverträge

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/1174

Gesetz zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/204

Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte (Bürgerrechtestärkungs-Gesetz – BüStärG)

UNVERÄNDERT

2./3. LESUNG BUNDESTAG

19/28784

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Verbesserung der Transparenzregeln für die Mitglieder des Deutschen Bundestages

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

19/28777

Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Überführung des § 42 des Bundesdatenschutzgesetzes in das Strafgesetzbuch zum verbesserten strafrechtlichen Schutz von persönlichen Daten

AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/27772

Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes und des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – Sicherstellung der Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken

1. LESUNG BUNDESTAG

19/20037

Tracing-App-Freiwilligkeits-Gesetz (TrAppFG)

AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/9527

Gesetz zur Modernisierung des Rechtsdienstleistungsrechts

1. BERATUNG BUNDESRAT

19/9508

Strafrechtsänderungsgesetz – Einführung einer eigenständigen Strafbarkeit für das Betreiben von internetbasierten Handelsplattformen für illegale Waren und Dienstleistungen

AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/218

Gesetz zur Teilaufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes

AUSSCHUSS BUNDESTAG

19/81

Gesetz zur Aufhebung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes

▼ VERABSCHIEDET

Keine verabschiedeten Gesetze und Verordnungen

AKTUELL

530/21

GESETZ ZUR ERRICHTUNG UND FÜHRUNG EINES REGISTERS ÜBER UNTERNEHMENSBASISDATEN UND ZUR EINFÜHRUNG EINER BUNDESEINHEITLICHEN WIRTSCHAFTSNUMMER FÜR UNTERNEHMEN UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER GESETZE



Das Gesetz soll es dem Statistischen Bundesamt ermöglichen, ein Register über Unternehmensbasisdaten zu errichten und zu betreiben. Im Basisregister werden solche Merkmale zentral gespeichert, die eine Identifikation von Unternehmen in und von den verschiedenen Registern erlauben, welche in mehreren Registern benötigt werden. Dadurch sollen langfristig Mehrfachmeldungen identischer Stammdaten und Identifikatoren an sowie eine redundante Datenhaltung in mehreren Registern vermieden werden. Die eindeutige Identifizierung aller Unternehmen soll über eine bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer erfolgen.

AKTUELLER STATUS

25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
05.03.2021	Referentenentwurf http://tsp.pm/A5v0aD Stellungnahmen http://tsp.pm/skGWjq
27.04.2021: Kabinett	Gesetzentwurf http://tsp.pm/PS2Lxo
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (338/21) http://tsp.pm/s8nbje
12.05.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (338/1/21) http://tsp.pm/AxrX8R
28.05.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (338/21(B)) http://tsp.pm/2XALqY Plenarprotokoll (1005) http://tsp.pm/vn3HPy
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/30005) http://tsp.pm/9KAfvc
20.05.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Wirtschaft und Energie) Plenarprotokoll (19/230) http://tsp.pm/EEW4Fm
09.06.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/30474) http://tsp.pm/FHphiH
10.06.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/233) http://tsp.pm/jJamte
BUNDESRAT	Gesetz (530/21) http://tsp.pm/gToghP
15.06.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (530/1/21) http://tsp.pm/G5zhW6
25.06.2021: 2. Beratung	

25.06.2021: 2. Beratung

AKTUELL

524/21

GESETZ ZUR UMSETZUNG DER DIGITALISIERUNGSRICHTLINIE (DIRUG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	-

Die Digitalisierungsrichtlinie dient insgesamt dem Zweck, durch den Einsatz digitaler Instrumente und Verfahren die Gründung von Gesellschaften und die Errichtung von Zweigniederlassungen europaweit grenzüberschreitend zu vereinfachen, um diese Verfahren im Hinblick auf die Kosten und die Zeit effizienter zu gestalten. Dazu enthält die Richtlinie eine Reihe von Regelungen, insbesondere die Verpflichtung zur Einführung der Online-Gründung der GmbH, zu Online-Verfahren bei Registeranmeldungen für Kapitalgesellschaften und Zweigniederlassungen, zur Einreichung und Offenlegung von Urkunden und Informationen im Handels- und Unternehmensregister sowie zum grenzüberschreitenden Informationsaustausch über das Europäische System der Registervernetzung.

AKTUELLER STATUS 25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat **BUNDESREGIERUNG** 18.12.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/PxT2lx 10.02.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/p0uVLh **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (144/21) http://tsp.pm/o0jLUj 10.03.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (144/1/21) http://tsp.pm/VZAU24 Stellungnahme (144/21(B)) http://tsp.pm/G5KD85 26.03.2021: 1. Beratung Plenarprotokoll (1002) http://tsp.pm/IC0G4y **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/28177) http://tsp.pm/J3M1q7 15.04.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/221) http://tsp.pm/yCjFMp 09.06.2021: Ausschuss Beschlussempfehlung und Bericht (19/30523) http://tsp.pm/AhnSTE 10.06.2021: 2./3. Lesung Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/233) http://tsp.pm/KxsAvX **BUNDESRAT** Gesetz (524/21) http://tsp.pm/yF4b1W 16.06.2021: Ausschuss Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/PXoumr

AKTUELL 523/21

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BÜRGERLICHEN GESETZBUCHS UND DES EINFÜHRUNGSGESETZES ZUM BÜRGERLICHEN GESETZBUCH IN UMSETZUNG DER EURICHTLINIE ZUR BESSEREN DURCHSETZUNG UND MODERNISIERUNG DER VERBRAUCHERSCHUTZVORSCHRIFTEN DER UNION UND ZUR AUFHEBUNG DER VERORDNUNG ZUR ÜBERTRAGUNG DER ZUSTÄNDIGKEIT FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DER VERORDNUNG (EG) NR. 2006/2004 AUF DAS BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ



In Umsetzung der die Verbraucherrechterichtlinie und die Klauselrichtlinie betreffenden Teile der Richtlinie sind Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, die auf diese Richtlinien zurückzuführen sind, abzuändern und zu ergänzen. In bestimmten Fällen soll dabei auch von Öffnungsklauseln Gebrauch gemacht werden, die den Mitgliedstaaten gestatten, von den grundsätzlich vollharmonisierenden Regelungen der Verbraucherrechterichtlinie abzuweichen.

AKTUELLER STATUS 25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat

	BUNDESREGIERUNG	
	,	
•	03.11.2020	Referentenentwurf http://tsp.pm/h0AQ0D
•	13.01.2021: Kabinett	Gesetzentwurf http://tsp.pm/koEbSc
	BUNDESRAT	Gesetzentwurf (61/21) http://tsp.pm/oXscZ1
•	17.02.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (61/1/21) http://tsp.pm/cY4ily
•	05.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (61/21(B)) http://tsp.pm/m5aNJO Plenarprotokoll (1001) http://tsp.pm/9pWGB1
	BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/27655) http://tsp.pm/Z924cQ
•	24.03.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
•	26.03.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/219) http://tsp.pm/0Hjq9m
•	19.04.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/koMN3n Stellungnahmen http://tsp.pm/MwY87G
•	09.06.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/30527) http://tsp.pm/b1QMCF
•	10.06.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/233) http://tsp.pm/xRLMbM
	BUNDESRAT	Gesetz (523/21) http://tsp.pm/9vvCcw
•	16.06.2021: Ausschuss	Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/xrmyXY
0	25.06.2021: 2. Beratung	

AKTUELL 522/21

GESETZ ZUR FÖRDERUNG VERBRAUCHERGERECHTER ANGEBOTE IM RECHTSDIENSTLEISTUNGSMARKT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	-

Ein Ziel des Gesetzes ist es, einen kohärenten Regelungsrahmen für rechtliche Dienstleistungen zu schaffen. Die Dienstleistungen von Inkassodienstleistern werden in zunehmendem Maße auch von Verbrauchern nachgefragt. Für die Konstellation, dass ein Verbraucher einen Inkassodienstleister, insbesondere ein sogenanntes Legal-Tech-Unternehmen, mit einer Forderungsdurchsetzung beauftragt, bestehen bisher aber keine verbraucherschützenden Regelungen im Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG). Das Gesetz zielt auf eine Erhöhung der Transparenz und Verständlichkeit dieser Geschäftsmodelle ab und soll rechtliche Unsicherheiten verringern.

AKTUELLER STATUS 25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat **BUNDESREGIERUNG** 12.11.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/fSBW5r 20.01.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/ddyLlc **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (58/21) http://tsp.pm/l2Jbqf 17.02.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (58/1/21) http://tsp.pm/eJmr5B 05.03.2021: 1. Beratung Stellungnahme (58/21(B)) http://tsp.pm/oRqNis Plenarprotokoll (1001) http://tsp.pm/W2HHLD **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/27673) http://tsp.pm/gvqudJ 25.03.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/218) http://tsp.pm/rxvjEK 14.04.2021: Ausschuss Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung 05.05.2021: Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/WKfPBK Stellungnahmen http://tsp.pm/oP9IHd 09.06.2021: Ausschuss Beschlussempfehlung und Bericht (19/30495) http://tsp.pm/iycNL5 10.06.2021: 2./3. Lesung Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/233) http://tsp.pm/EaxJ23 **BUNDESRAT** Gesetz (522/21) http://tsp.pm/rzbJyO 16.06.2021: Ausschuss Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/x9cWpW 25.06.2021: 2. Beratung

AKTUELL

521/21

GESETZ ZUR FORTENTWICKLUNG DER STRAFPROZESSORDNUNG UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER VORSCHRIFTEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Zustimmungspfl.	-

Ziel des Gesetzes ist es, das Recht des Ermittlungsverfahrens an verschiedenen Stellen zu modernisieren. Dazu soll unter anderem der Einsatz von sogenannten automatisierten Kennzeichenlesesystemen (AKLS) im öffentlichen Verkehrsraum insbesondere zu Fahndungszwecken erlaubt werden. Zudem sollen die Befugnisse zur Postbeschlagnahme um ein Auskunftsverlangen gegenüber Postdienstleistern erweitert werden. Weitere Änderungen der Strafprozessordnung (StPO) umfassen eine Ausdehnung der Telekommunikationsüberwachung bei bandenmäßiger Steuerhinterziehung sowie eine Erweiterung des Katalogs der Online-Durchsuchung um mehrere Delikte wie den Computerbetrug. Zudem sollen einzelne Nachsteuerungen vorgenommen werden, die durch das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs neu gefasst beziehungsweise eingeführt worden sind.

AKTUELLER STATUS 25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat

	BUNDESREGIERUNG				
	15.10.2020	Referentenentwurf http://tsp.pm/5ZgOpD			
20.01.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/yN2tpj		Gesetzentwurf http://tsp.pm/yN2tpj			
BUNDESRAT		Gesetzentwurf (57/21) http://tsp.pm/nhq8pB			
17.02.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (57/1/21) http		Empfehlungen der Ausschüsse (57/1/21) http://tsp.pm/KkocUC			
05.03.2021: 1. Beratung		Stellungnahme (57/21(B)) http://tsp.pm/1fMDRC Plenarprotokoll (1001) http://tsp.pm/aXliKM			

24.03.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
25.03.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz)

Gesetzentwurf (19/27654) http://tsp.pm/QAFnZr

	Plenarprotokoll (19/218) http://tsp.pm/3s6YmG	
14.04.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/5tf8aM	
	Stellungnahmen http://tsp.pm/F4G0KW	

09.06.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/30517) http://tsp.pm/CHudyc	
10.06.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung	

Gesetz (521/21) http://tsp.pm/CNKiy7

 , 0	
	Plenarprotokoll (19/233) http://tsp.pm/BqUcgB

16.06.2021: Ausschuss	Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/XvdLxR

BUNDESTAG

BUNDESRAT

AKTUELL

520/21

GESETZ ZUR STÄRKUNG DES VERBRAUCHERSCHUTZES IM WETTBEWERBS- UND GEWERBERECHT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	-

Mit dem Gesetz soll der Schutz von Verbrauchern vor unlauteren geschäftlichen Handlungen entsprechend unionsrechtlicher Vorgaben verbessert werden. Dazu sind Änderungen im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) nötig. Dadurch soll die Transparenz von Rankings und Verbraucherbewertungen im Internet erhöht werden. Verbraucher sollen zudem einen Anspruch auf Schadensersatz bei schuldhaften Verstößen von Unternehmern gegen Vorschriften des UWG erhalten. Für das Influencer-Marketing soll klargestellt werden, in welchen Fällen Inhalte im Internet einem kennzeichnungspflichtigen kommerziellen Zweck dienen. Mit dem Gesetz soll außerdem der Vertrieb von Medizinprodukten und Nahrungsergänzungsmitteln bei sogenannten "Kaffeefahrten" untersagt werden.

AKTUELLER STATUS 25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat **BUNDESREGIERUNG** 04.11.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/tMv8zF 20.01.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/SPmBRS **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (56/21) http://tsp.pm/SRK0us 17.02.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (56/1/21) http://tsp.pm/b0bDnN Stellungnahme (56/21(B)) http://tsp.pm/uAcDH1 05.03.2021: 1. Beratung Plenarprotokoll (1001) http://tsp.pm/Uo18G4 **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/27873) http://tsp.pm/JzEYa6 Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung 24.03.2021: Ausschuss 26.03.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/219) http://tsp.pm/Vw38Kt Sachverständigenliste http://tsp.pm/0ixOD3 19.04.2021: Anhörung Stellungnahmen http://tsp.pm/RgUvpF 09.06.2021: Ausschuss Beschlussempfehlung und Bericht (19/30527) http://tsp.pm/VrcyhX 10.06.2021: 2./3. Lesung Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/233) http://tsp.pm/19L5vY **BUNDESRAT** Gesetz (520/21) http://tsp.pm/3JJbDB 16.06.2021: Ausschuss Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/xN5M2f 25.06.2021: 2. Beratung

AKTUELLER STATUS

BUNDESRAT

BUNDESTAG

AKTUELL

517/21

ZWEITES GESETZ ZUR VEREINFACHUNG UND MODERNISIERUNG DES PATENTRECHTS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	-

Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt sollen im Patentrecht und in anderen Gesetzen im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes modernisiert, inhaltlich aneinander angeglichen und vereinfacht werden. Das Gesetz sieht zudem eine Klarstellung der Regelung des Unterlassungsanspruchs bei Verletzungen von Patenten oder Gebrauchsmustern vor. Es soll im Einklang mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung sichergestellt werden, dass die nach geltendem Recht bereits bestehende Möglichkeit, Verhältnismäßigkeitserwägungen beim Unterlassungsanspruch zu berücksichtigen, auch in der gerichtlichen Praxis als Korrektiv hinreichend zum Tragen kommt. Für eine bessere Synchronisierung der Verletzungsverfahren vor den Zivilgerichten und der Nichtigkeitsverfahren wird das Verfahren vor dem BPatG gestrafft. Außerdem soll die entsprechende Anwendung einzelner Bestimmungen zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen in Patent- und Gebrauchsmusterstreitsachen vorgeschlagen werden.

25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat

Gesetzentwurf (683/20) http://tsp.pm/jQKass

Gesetzentwurf (19/25821) http://tsp.pm/jkrXHX

BUNDESREGIERUNG 01.09.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/yvL5tZ Stellungnahmen http://tsp.pm/9zDUDe 28.10.2020: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/tl0cX4

02.12.2020: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (683/1/20) http://tsp.pm/tGWYEJ
18 12 2020: 1 Beratung	Stallungnahme (683/20/B)\ http://tsn.nm/leW/DPk

Plenarprotokoll (998) http://tsp.pm/laygs5

27.01.2021: Ausschuss Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung

27.01.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz)
Plenarprotokoll (19/205) http://tsp.pm/RWMcjg

24.02.2021: Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/HaoiKS Stellungnahmen http://tsp.pm/g7toxx

09.06.2021: Ausschuss Beschlussempfehlung und Bericht (19/30498) http://tsp.pm/fTOLB7

10.06.2021: 2./3. Lesung

Annahme in Ausschussfassung

Plenarprotokoll (19/233) http://tsp.pm/cwjJ4N

BUNDESRAT Gesetz (517/21) http://tsp.pm/oy6bSg

16.06.2021: Ausschuss Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/jlwtWp

25.06.2021: 2. Beratung

25.06.2021: 2. Beratung

AKTUELL 512/21

GESETZ ZUR ANPASSUNG DES VERFASSUNGSSCHUTZRECHTS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	-

Das Gesetz sieht Anpassungen im Recht der Nachrichtendienste zur Aufklärung schwerer Bedrohungen für den demokratischen Rechtsstaat und die freiheitliche Grundordnung vor. Hierzu wird das Artikel 10-Gesetz um Regelungen zur Durchführung einer erweiterten Quellen-TKÜ und flankierende Weiterungen der parlamentarischen Kontrolle durch die G10-Kommission ergänzt. Das Gesetz beinhaltet zudem Änderungen im Bundesverfassungsschutzgesetz insbesondere zur Beobachtung von Einzelpersonen und eine Rechtsgrundlage für die Einbindung des MAD in das nachrichtendienstliche Informationssystem im Bundesverfassungsschutzgesetz und MAD-Gesetz.

AKTUELLER STATUS 25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat **BUNDESREGIERUNG** Referentenentwurf http://tsp.pm/rNAQE0 17.06.2020 Stellungnahmen http://tsp.pm/symo9W 21.10.2020: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/gCJKsL **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (674/20) http://tsp.pm/dJkvwR 10.11.2020: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (674/1/20) http://tsp.pm/98gzHX Keine Stellungnahme (674/20(B)) http://tsp.pm/GtNFx5 27.11.2020: 1. Beratung Plenarprotokoll (997) http://tsp.pm/LMW6oY **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/24785) http://tsp.pm/lpo185 05.05.2021: Ausschuss Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung Überweisung (federführend: Ausschuss für Inneres und Heimat) 07.05.2021: 1. Lesung Plenarprotokoll (19/228) http://tsp.pm/2PnzzO 17.05.2021: Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/rtx86G Stellungnahmen http://tsp.pm/dqP7Fz Beschlussempfehlung und Bericht (19/30477) http://tsp.pm/LPnN1f 09.06.2021: Ausschuss 10.06.2021: 2./3. Lesung Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/233) http://tsp.pm/g3XKVE **BUNDESRAT** Gesetz (512/21) http://tsp.pm/e4hTb0 15.06.2021: Ausschuss Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/30W1mg

495/21

GESETZ ÜBER DIE UNTERNEHMERISCHEN SORGFALTSPFLICHTEN IN LIEFERKETTEN (LKSG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMAS	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	-

Das Gesetz soll der Verbesserung der internationalen Menschenrechtslage dienen, indem für bestimmte Unternehmen Anforderungen an ein verantwortliches Management von Lieferketten definiert werden. Betroffene Firmen erhalten einen gesetzlichen Rahmen zur Erfüllung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten. Zur Kontrolle und Durchsetzung der Einhaltung wird eine zuständige Behörde benannt und mit entsprechenden Eingriffsbefugnissen ausgestattet. Zudem wird eine Bemühenspflicht begründet, aber weder eine Erfolgspflicht noch eine Garantiehaftung. Um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu verhindern, soll das Sorgfaltspflichtengesetz außerdem an eine künftige europäische Regelung angepasst werden.

AKTUELLER STATUS 25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
28.02.2021	Referentenentwurf http://tsp.pm/DthKYW Stellungnahmen http://tsp.pm/EvV96A
03.03.2021: Kabinett	Gesetzentwurf http://tsp.pm/cRWeTl
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (239/21) http://tsp.pm/HwyOs9
22.04.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (239/1/21) http://tsp.pm/x4RnUU
• 07.05.2021: 1. Beratung	Keine Einwendungen (293/21(B)) http://tsp.pm/MkPouT Plenarprotokoll (1004) http://tsp.pm/urkPTd
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/28649) http://tsp.pm/Xg7d0m
21.04.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
22.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Arbeit und Soziales) Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/dXDj44
05.05.2021: Ausschuss	
17.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/rlfvtk Stellungnahmen http://tsp.pm/nfYqo9
19.05.2021: Ausschuss	Absetzung von TO
20.05.2021: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
09.06.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/30505) http://tsp.pm/DQtpFF
11.06.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/234) http://tsp.pm/c0lQNv
BUNDESRAT	Gesetz (495/21) http://tsp.pm/0FAaZe
16.06.2021: Ausschuss	Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/uhNikz
O 25.06.2021: 2. Beratung	

474/21

GESETZ ZUR DURCHFÜHRUNG DER VERORDNUNG (EU) 2019/816 SOWIE ZUR ÄNDERUNG WEITERER VORSCHRIFTEN



Das Gesetz beinhaltet einzelne Neuregelungen unter anderem in der Strafprozessordnung (StPO) und im Bundeszentralregistergesetz (BZRG). Die Neuregelungen in der StPO sollen die Grundlagen für die aufgrund der Verordnung (EU) 2019/816 erforderliche zusätzliche Aufnahme von Fingerabdrücken schaffen. Dazu ist zum einen die effiziente Feststellung und Zuordnung vorhandener Fingerabdruckdaten sowie die Ausweitung der Befugnisse für die Aufnahme und zentrale Speicherung der Fingerabdrücke zu regeln.

AKTUELLER STATUS 25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat **BUNDESREGIERUNG** 14.10.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/zfgSp1 Stellungnahmen http://tsp.pm/iEdSqg Gesetzentwurf http://tsp.pm/LOpf0E 27.01.2021: Kabinett **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (149/21) http://tsp.pm/MOBMon 10.03.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse http://tsp.pm/yrhKK7 26.03.2021: 1. Beratung Keine Einwendungen (149/21(B)) http://tsp.pm/oU2BuN Plenarprotokoll (1002) http://tsp.pm/JncdXX **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/27432) http://tsp.pm/t6RxBy 15.04.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/221) http://tsp.pm/f3ftsx 19.05.2021: Ausschuss Beschlussempfehlung und Bericht (19/29876) http://tsp.pm/DNc6OO 20.05.2021: 2./3. Lesung Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/230) http://tsp.pm/DCc8O6 **BUNDESRAT** Gesetz (474/21) http://tsp.pm/sbe6tg 09.06.2021: Ausschuss Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/fWE2LU 25.06.2021: 2. Beratung

470/21

GESETZ ZUR EINFÜHRUNG EINES ELEKTRONISCHEN IDENTITÄTSNACHWEISES MIT EINEM MOBILEN ENDGERÄT

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	ВМІ	Nicht zustimmungspfl.	-

Das Gesetz soll der Einführung einer neuen Form des elektronischen Identitätsnachweises (eID) mit einem mobilen Endgerät dienen. Dazu sind Änderungen im Personalausweisgesetz, im eID-Karte-Gesetz und im Aufenthaltsgesetz nötig.

AKTUELLER STATUS	25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat
BUNDESREGIERUNG	
02.02.2021	Referentenentwurf http://tsp.pm/sAW3jE Stellungnahmen http://tsp.pm/1vqa7f
10.02.2021: Kabinett	
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (139/21) http://tsp.pm/xHgQ3O
11.03.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (139/1/21) http://tsp.pm/BdBNza
• 26.03.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (139/21(B)) http://tsp.pm/IB9M7K Plenarprotokoll (1002) http://tsp.pm/z4FVAn
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/28169) http://tsp.pm/UJot8e
15.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Inneres und Heimat) Plenarprotokoll (19/221) http://tsp.pm/hV2aek
05.05.2021: Ausschuss	
06.05.2021: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
17.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/VQjo2P Stellungnahmen http://tsp.pm/ZMO1AI
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/29807) http://tsp.pm/P1KtBN
• 20.05.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/230) http://tsp.pm/3tEKJt
BUNDESRAT	Gesetz (470/21) http://tsp.pm/hfRoVx
10.06.2021: Ausschuss	Empfehlung des Ausschusses http://tsp.pm/9RzhxU
25.06.2021: 2. Beratung	

461/21

GESETZ ZUR UMSETZUNG DER RICHTLINIE (EU) 2019/882 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES ÜBER DIE BARRIEREFREIHEITSANFORDERUNGEN FÜR PRODUKTE UND DIENSTLEISTUNGEN UND ZUR ÄNDERUNG ANDERER GESETZE

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMAS	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	-

Das Gesetz soll die Richtlinie (EU) 2019/882 umsetzen, soweit dies nicht bereits in anderen Gesetzen erfolgt ist. Durch die Vorgabe der Barrierefreiheit sollen Menschen mit Behinderungen eine breitere Produktpalette zur Auswahl haben und nicht länger auf den Kauf teurer Spezialprodukte angewiesen sein. Das soll auch für digitale Produkte und Dienstleistungen des Binnenmarkts gelten. Mit Artikel 2 wird eine Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vorgenommen. Die Vorgabe, dass sowohl bei den obersten Landesbehörden für Arbeitsschutz als auch bei den Arbeitsschutzbehörden Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz zu bilden sind, wird in das Ermessen der Länder gestellt. Sie können damit bei Bedarf eingerichtet werden.

AKTUELLER STATUS

25.06.2021: 2. Beratung Bundesrat

BUNDESREGIERUNG	
01.03.2021	Referentenentwurf http://tsp.pm/TLTY61
24.03.2021: Kabinett	Gesetzentwurf http://tsp.pm/ZQUpVj
BUNDESRAT	Gesetzentwurf (240/21) http://tsp.pm/PASmvR
22.04.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (240/1/21) http://tsp.pm/isNeCh
• 07.05.2021: 1. Beratung	Stellungnahme (240/21(B)) http://tsp.pm/regpt0 Plenarprotokoll (1004) http://tsp.pm/j4sZvp
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/28653) http://tsp.pm/oFhN1v
21.04.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
22.04.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Arbeit und Soziales) Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/nx4JeX
05.05.2021: Ausschuss	
17.05.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/CMXM3z Stellungnahmen http://tsp.pm/H632di
19.05.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/29893) http://tsp.pm/OJ7qTy
20.05.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/230) http://tsp.pm/C3aCzV
BUNDESRAT	Gesetz (461/21) http://tsp.pm/HHzFif
10.06.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (461/1/21) http://tsp.pm/Zpgzm7
25.06.2021: 2. Beratung	

515/21

GESETZ ZUR MODERNISIERUNG DER RECHTSGRUNDLAGEN DER BUNDESPOLIZEI

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktionen CDU/CSU und SPD	Zustimmungspfl.	-

Das geltende Bundespolizeigesetz, das zum überwiegenden Teil noch aus dem Jahr 1994 stammt, bedarf einer Modernisierung. Die Bundespolizei soll einzelne neue Aufgaben und ein verbessertes Befugnisinstrumentarium erhalten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 20. April 2016 das bisherige Bundeskriminalamtgesetz in Teilen für verfassungswidrig erklärt. Das neue Gesetz soll die Regelungen zur Erhebung von Daten, die durch den Einsatz verdeckter Maßnahmen erlangt wurden, an die Vorgaben des Gerichts anpassen. Außerdem sollen zusätzliche, neue Befugnisse für die Bundespolizei geschaffen werden. Hierzu zählt etwa die Überwachung der Telekommunikation (§ 27d), die Identifizierung und Lokalisierung von Mobilfunkkarten und -endgeräten (§ 27e) oder der Einsatz technischer Mittel gegen fernmanipulierte Geräte (§ 28b).

AKTUELLER STATUS	25.06.2021: Beratung Bundesrat
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/26541) http://tsp.pm/NIM6zR
12.02.2021: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Inneres und Heimat) Plenarprotokoll (19/210) http://tsp.pm/52VYdA
24.02.2021: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
22.03.2021: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/jz5jNO Stellungnahmen http://tsp.pm/Fz4nkr
05.05.2021: Ausschuss	
07.05.2021: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
19.05.2021: Ausschuss	
20.05.2021: 2./3. Lesung	Absetzung von TO
09.06.2021: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/30468) http://tsp.pm/VxQIwK
10.06.2021: 2./3. Lesung	Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/233) http://tsp.pm/CptzRB
BUNDESRAT	Gesetz (515/21) http://tsp.pm/3yaVLe
15.06.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse (515/1/21) http://tsp.pm/BFsEO7
25.06.2021: Beratung	

396/21

VERORDNUNG NACH § 3 ABSATZ 2 SATZ 2 DES ONLINEZUGANGSGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Zustimmungspfl.	-

Mit der Verordnung legt das BMI auf der Grundlage von § 3 Absatz 2 Satz 2 des Onlinezugangsgesetzes (OZG) fest, welche staatlichen Stellen im Portalverbund ein einheitliches Organisationskonto bereitstellen müssen.

AKTUELLER STATUS	25.06.2021: Beratung Bundesrat
BUNDESREGIERUNG	
BUNDESRAT	Verordnung (396/21) http://tsp.pm/1aCa37
10.06.2021: Ausschuss	Empfehlungen der Ausschüsse http://tsp.pm/gTzxKM
25.06.2021: Beratung	

395/21

VERORDNUNG ZU AUTOMATISIERTEN DATENABRUFEN AUS DEN PASS- UND PERSONALAUSWEISREGISTERN SOWIE ZUR ÄNDERUNG DER PASSVERORDNUNG, DER PERSONALAUSWEISVERORDNUNG UND DER AUFENTHALTSVERORDNUNG

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI	Nicht zustimmungspfl.	-

Die Verordnung soll einen bundesweiten automatisierten Lichtbildabruf aus Pass- und Personalausweisregistern ermöglichen und dient damit unter anderem der Umsetzung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Identitätsnachweises. Zu diesem Zweck werden Auswahldaten, die Regelungen zum Verfahren und die Standards für die Kommunikation festgelegt.

AKTUELLER STATUS 25.06.2021: Beratung Bundesrat BUNDESREGIERUNG 06.04.2021 Referentenentwurf http://tsp.pm/9Uda2V Stellungnahmen http://tsp.pm/DJ43aE BUNDESRAT Verordnung (395/21) http://tsp.pm/fPbxnD 10.06.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (395/1/21) http://tsp.pm/j4YJ5b 25.06.2021: Beratung

19/29761

GESETZ ZUR STÄRKUNG DER DATENSCHUTZAUFSICHT (DSAUFSICHTSG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	FDP-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	-

Mit dem Gesetz soll § 16 Absatz 2 des Bundesdatenschutzgesetzes durch einen Satz ergänzt werden, der dem oder der Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit die Befugnisse nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe e, Absatz 2 Buchstabe d und f, Absatz 3 Buchstabe a und b, Absatz 4 und 5 der Verordnung (EU) 2016/679 zusichert.

AKTUELLER STATUS

BUNDESTAG

20.05.2021: 1. Lesung

09.06.2021: Ausschuss

10.06.2021: 2./3. Lesung 23.06.2021: Ausschuss

24.06.2021: 2./3. Lesung

BUNDESRAT

24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag

Gesetzentwurf (19/29761) http://tsp.pm/bhe5Wa

Überweisung (federführend: Ausschuss für Inneres und Heimat)

Plenarprotokoll (19/230) http://tsp.pm/s2OPrz

Absetzung von TO

19/28679

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES STRAFGESETZBUCHES – EFFEKTIVERE BEKÄMPFUNG VON NACHSTELLUNGEN UND BESSERE ERFASSUNG DES CYBERSTALKINGS



Das Gesetz sieht verschiedene Änderungen des § 238 StGB vor: Zum einen wird in Absatz 1 der Begriff "beharrlich" durch den Begriff "wiederholt" sowie das Merkmal "schwerwiegend" durch das Merkmal "nicht unerheblich" ersetzt und damit die Strafbarkeitsschwelle herabgesetzt. Zum anderen werden aus Gründen der Bestimmtheit und der Rechtssicherheit im Handlungskatalog des § 238 Absatz 1 StGB explizit typische Begehungsformen des Cyberstalkings aufgenommen.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag **BUNDESREGIERUNG** 15.02.2021 Referentenentwurf http://tsp.pm/5xEJM9 24.03.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/6IrS47 **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (251/21) http://tsp.pm/PS8NO3 21.04.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (251/1/21) http://tsp.pm/iW2AXn 07.05.2021: 1. Beratung Stellungnahme (251/21(B)) http://tsp.pm/Hp54EB Plenarprotokoll (1004) http://tsp.pm/u6pF5l **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/28679) http://tsp.pm/cFpeks 14.04.2021: Ausschuss Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung 22.04.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/JCGJHK 19.05.2021: Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/aU4DFH Stellungnahmen http://tsp.pm/TaqfTq 22.06.2021: Ausschuss 24.06.2021: 2./3. Lesung **BUNDESRAT** vsl. 25.06.2021: 2. Beratung

19/28678

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES STRAFGESETZBUCHES – VERBESSERUNG DES STRAFRECHTLICHEN SCHUTZES GEGEN SOGENANNTE FEINDESLISTEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	-

Das Gesetz sieht die Einführung eines neuen Straftatbestandes nach § 126 StGB (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten) vor. Als Tathandlung soll das in einer bestimmten Art und Weise erfolgte Verbreiten personenbezogener Daten mehrerer Personen oder auch einer einzelnen Person erfasst werden, wenn dies öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Inhalten geschieht. Über den neuen Inhaltsbegriff (§ 11 Absatz 3 StGB) wird damit sowohl das Verbreiten von verkörperten Inhalten mit solchen Daten (zum Beispiel Flugblättern) als auch von entsprechenden Inhalten im Internet erfasst.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag **BUNDESREGIERUNG** 05.02.2021 Referentenentwurf http://tsp.pm/P5fZAj 17.03.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/Lf0AQ9 **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (255/21) http://tsp.pm/hy2Wiv 21.04.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (255/1/21) http://tsp.pm/M5NLPQ Stellungnahme (255/21(B)) http://tsp.pm/RhTDYg 07.05.2021: 1. Beratung Plenarprotokoll (1004) http://tsp.pm/BFBRmn **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/28678) http://tsp.pm/CnYziO Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung 14.04.2021: Ausschuss 22.04.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/yldjtS Sachverständigenliste http://tsp.pm/vTDxGB 19.05.2021: Anhörung Stellungnahmen http://tsp.pm/FzFOET 22.06.2021: Ausschuss 24.06.2021: 2./3. Lesung **BUNDESRAT** vsl. 25.06.2021: 2. Beratung

19/28399

GESETZ ZUM AUSBAU DES ELEKTRONISCHEN RECHTSVERKEHRS MIT DEN GERICHTEN UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER PROZESSRECHTLICHER VORSCHRIFTEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	-

Der elektronische Rechtsverkehr mit den Gerichten soll ausgebaut werden, indem die digitalen Zugangsmöglichkeiten zu den Gerichten erweitert werden. Bürger, Unternehmen, Organisationen und Verbände sowie andere professionelle Verfahrensbeteiligte sollen zum einen die Möglichkeit erhalten, möglichst kostenneutral über ein neues besonderes elektronisches Postfach mit den Gerichten auf sicherem Wege zu kommunizieren. Dafür soll ein sogenanntes besonderes elektronisches Bürger- und Organisationenpostfach (eBO) geschaffen werden.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag **BUNDESREGIERUNG** 18.12.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/bF2Utt 10.02.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/YONasd **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (145/21) http://tsp.pm/FutouU 10.03.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (145/1/21) http://tsp.pm/cBYh7X Stellungnahme (145/21(B)) http://tsp.pm/tKpQe1 26.03.2021: 1. Beratung Plenarprotokoll (1002) http://tsp.pm/JcCFYq **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/28399) http://tsp.pm/BFtgnp 22.04.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/KWZGN5 22.06.2021: Ausschuss 24.06.2021: 2./3. Lesung **BUNDESRAT** vsl. 25.06.2021: 2. Beratung

19/28175

AKTUELL

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES STRAFGESETZBUCHES – STRAFBARKEIT DES BETREIBENS KRIMINELLER HANDELSPLATTFORMEN IM INTERNET UND DES BEREITSTELLENS ENTSPRECHENDER SERVER-INFRASTRUKTUREN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	-

Das Gesetz sieht die Einführung eines neuen Straftatbestands des Betreibens krimineller Handelsplattformen im Internet vor. Der Straftatbestand soll dabei ausschließlich Plattformen erfassen, deren Zweck darauf ausgerichtet ist, die Begehung von bestimmten Straftaten zu ermöglichen oder zu fördern. Diese Straftaten sind in einem Katalog abschließend aufgeführt. Daneben wird auch ein Straftatbestand für das wissentliche oder absichtliche Bereitstellen von Server-Infrastrukturen für entsprechende Handelsplattformen geschaffen.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag **BUNDESREGIERUNG** 27.11.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/nCmceU 10.02.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/Ew9XUy **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (147/21) http://tsp.pm/D8B7Gt 10.03.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (147/1/21) http://tsp.pm/zJeaJh 26.03.2021: 1. Beratung Stellungnahme (147/21(B)) http://tsp.pm/CNh0tC Plenarprotokoll (1002) http://tsp.pm/eQGO1z **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/28175) http://tsp.pm/8HKTKy Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung 14.04.2021: Ausschuss Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) 16.04.2021: 1. Lesung Plenarprotokoll (19/222) http://tsp.pm/pU6FUz 03.05.2021: Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/fakjzH Stellungnahmen http://tsp.pm/nP4chF 22.06.2021: Ausschuss 24.06.2021: 2./3. Lesung **BUNDESRAT** vsl. 25.06.2021: 2. Beratung

AKTUELL 19/27653

GESETZ ZUR UMSETZUNG DER RICHTLINIE ÜBER BESTIMMTE VERTRAGSRECHTLICHE ASPEKTE DER BEREITSTELLUNG DIGITALER INHALTE UND DIGITALER DIENSTLEISTUNGEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	-

Durch das Gesetz sollen die Rechte von Verbrauchern bei der Nutzung digitaler Produkte wie Apps, E-Books oder Streamingdienste durch die Schaffung einheitlicher Gewährleistungsrechte gestärkt werden. Dazu gehören ein Anspruch auf Nacherfüllung, das Recht zur Minderung oder zur Vertragsbeendigung sowie Schadensersatzansprüche. Vorgesehen ist auch, dass Aktualisierungen bereitzustellen sind, damit die digitalen Produkte vertragsgemäß bleiben.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag **BUNDESREGIERUNG** 03.11.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/zEsgrP 13.01.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/horpby **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (60/21) http://tsp.pm/ga0HwV 17.02.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (60/1/21) http://tsp.pm/UORX6s Stellungnahme (60/21(B)) http://tsp.pm/CGYbUU 05.03.2021: 1. Beratung Plenarprotokoll (1001) http://tsp.pm/ljYPxN **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/27653) http://tsp.pm/Q4ZF0Q 25.03.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Wirtschaft und Energie) Plenarprotokoll (19/218) http://tsp.pm/cnFnzG 14.04.2021: Ausschuss Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/AiN8wj 05.05.2021: Anhörung Stellungnahmen http://tsp.pm/C17Mfi 22.06.2021: Ausschuss 24.06.2021: 2./3. Lesung **BUNDESRAT** vsl. 25.06.2021: 2. Beratung

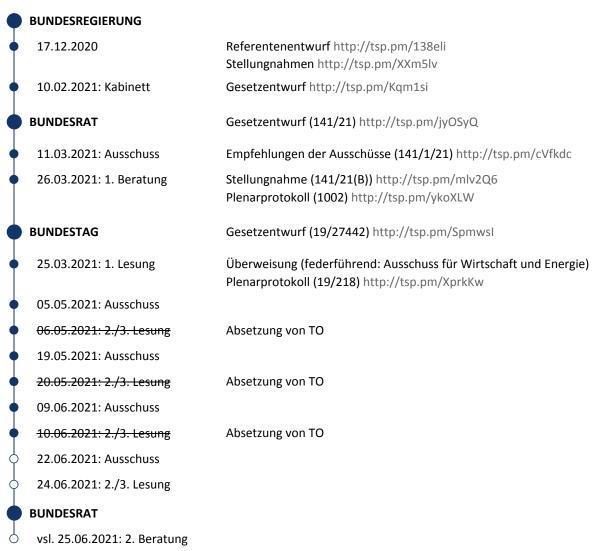
19/27442

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES E-GOVERNMENT-GESETZES UND ZUR EINFÜHRUNG DES GESETZES FÜR DIE NUTZUNG VON DATEN DES ÖFFENTLICHEN SEKTORS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMI; BMWi	Zustimmungspfl. Bes. eilbedürftig	-

Um die Potenziale der Politik offener Daten voll auszuschöpfen, soll die Verfügbarkeit von Daten der Bundesverwaltung weiter gesteigert werden. Des Weiteren soll die Nutzbarkeit offener Daten verbessert werden. Als wesentliche Maßnahme zur Ausweitung der Bereitstellung offener, unbearbeiteter Daten durch den Bund soll der Anwendungsbereich des § 12a EGovG auf die gesamte Bundesverwaltung (mit Ausnahme der Selbstverwaltungskörperschaften und Beliehener) ausgeweitet werden. Dies soll zukünftig grundsätzlich auch die mittelbare Bundesverwaltung einschließen, die Anstalten, Körperschaften und Stiftungen öffentlichen Rechtes umfasst. Zudem sollen einzelne Ausnahmeregelungen gestrichen werden. Über das neue Datennutzungsgesetz werden außerdem öffentliche Unternehmen, die auf den Gebieten der Wasserversorgung, Energieversorgung und des Verkehrs tätig sind, verpflichtet, bestimmte Daten künftig öffentlich verfügbar zu machen.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag



AKTUELL 19/27424

GESETZ ZUR REGELUNG DES VERKAUFS VON SACHEN MIT DIGITALEN ELEMENTEN UND ANDERER ASPEKTE DES KAUFVERTRAGS



Zur Umsetzung der Warenkaufrichtlinie sind die kaufvertragsrechtlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzupassen. Dazu gehören unter anderem eine Neudefinition des Begriffs der Sachmangelfreiheit, die Einführung einer Aktualisierungsverpflichtung für Sachen mit digitalen Elementen, die Einführung von Regelungen für den Kauf von Sachen mit dauerhafter Bereitstellung von digitalen Elementen und die Verlängerung der Beweislastumkehr im Hinblick auf Mängel auf ein Jahr.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag **BUNDESREGIERUNG** 10.12.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/HLijPN 10.02.2021: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/SaYCHP **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (146/21) http://tsp.pm/CaC3Mj 10.03.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (146/1/21) http://tsp.pm/ZHFX8V Stellungnahme (146/21(B)) http://tsp.pm/lfj59q 26.03.2021: 1. Beratung Plenarprotokoll (1002) http://tsp.pm/jLDe18 **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/27424) http://tsp.pm/Bak5Sc 25.03.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Wirtschaft und Energie) Plenarprotokoll (19/218) http://tsp.pm/NLgGBZ 14.04.2021: Ausschuss Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung 05.05.2021: Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/iGzO9z Stellungnahmen http://tsp.pm/HvnnwZ 22.06.2021: Ausschuss 24.06.2021: 2./3. Lesung **BUNDESRAT** vsl. 25.06.2021: 2. Beratung

AKTUELL 19/26915

GESETZ FÜR FAIRE VERBRAUCHERVERTRÄGE

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesregierung	BMJV	Nicht zustimmungspfl.	-

Um Verbrauchern die bessere Nutzung von Marktchancen zu ermöglichen und die Übertragbarkeit ihrer Ansprüche zu sichern, soll das AGB-Recht geändert werden. Durch die Einführung eines Textformerfordernisses für Energielieferverträge mit Haushaltskunden sollen Verbraucher besser vor telefonisch aufgedrängten oder untergeschobenen Energielieferverträgen geschützt werden. Zudem soll durch die Einführung einer Dokumentationsund Aufbewahrungspflicht für die Einwilligung der Verbraucher in Telefonwerbung die effizientere Sanktionierung von unerlaubter Telefonwerbung erreicht werden. Um Rechtsicherheit beim Kauf gebrauchter Sachen zu schaffen, soll eine Klarstellung zur Gewährleistung beim Verbrauchsgüterkauf vorgenommen werden.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag **BUNDESREGIERUNG** 24.01.2020 Referentenentwurf http://tsp.pm/lb61Cf 16.12.2020: Kabinett Gesetzentwurf http://tsp.pm/Oi7eu0 **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (18/21) http://tsp.pm/rPrpIV 27.01.2021: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (18/1/21) http://tsp.pm/ICQe8f 12.02.2021: 1. Beratung Stellungnahme (18/21(B)) http://tsp.pm/GeAHic Plenarprotokoll (1000) http://tsp.pm/T1BP7d **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/26915) http://tsp.pm/BSAlbP 26.02.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/213) http://tsp.pm/QVfScV Sachverständigenliste http://tsp.pm/gFEW7Y 03.03.2021: Anhörung Stellungnahmen http://tsp.pm/gkF9UL 09.06.2021: Ausschuss Beschlussempfehlung und Bericht (19/30840) http://tsp.pm/kroAP6 24.06.2021: 2./3. Lesung **BUNDESRAT** vsl. 25.06.2021: 2. Beratung

19/1174

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ARBEITSZEITGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	FDP-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	-

Die Digitalisierung ist einer der wichtigsten Wachstumstreiber der aktuellen ökonomischen Entwicklung [...] Zugleich stammen wesentliche Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes noch aus einer Zeit, in der mobiles, digitalisiertes Arbeiten noch nicht der Regelfall war. Abgesehen davon setzt das deutsche Arbeitszeitgesetz der Einteilung der Arbeitszeit engere Grenzen als die maßgebliche EU-Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG). Durch diesen Gesetzentwurf werden im Arbeitszeitgesetz neue Abweichungsmöglichkeiten per Tarifvertrag oder durch eine auf Grund eines Tarifvertrags getroffene Betriebs- oder Dienstvereinbarung geschaffen. Unter Einhaltung der Vorgaben der EU-Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG) werden so neue Freiräume für die Einteilung der Arbeitszeit geschaffen. Durch die Beteiligung der Tarifpartner wird sowohl unternehmerischen Belangen als auch den Interessen der Beschäftigten Rechnung getragen.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag Gesetzentwurf (19/1174) http://tsp.pm/iAH0rs 15.03.2018: 1. Lesung Ausschusszuweisung (federführend: Ausschuss für Arbeit und Soziales) Plenarprotokoll (19/20) http://tsp.pm/8Otjs6 25.04.2018: Ausschuss 25.06.2018: Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/i4ak6n Stellungnahmen http://tsp.pm/0SkznB 26.09.2018: Ausschuss Beschlussempfehlung und Bericht (19/4657) http://tsp.pm/PKnyIN 24.06.2021: 2./3. Lesung BUNDESRAT

24.06.2021: 2./3. Lesung

BUNDESRAT

AKTUELL

19/204

GESETZ ZUR STÄRKUNG DER BÜRGERRECHTE (BÜRGERRECHTESTÄRKUNGS-GESETZ – BÜSTÄRG)

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	FDP-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	-

Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger sind durch den Gesetzgeber in der letzten Legislaturperiode in einer Vielzahl von Fällen unverhältnismäßig eingeschränkt worden. Zwar muss der Staat seine Bürger vor den Bedrohungen durch Kriminalität und Terrorismus schützen. Er hat hierbei jedoch die Grenzen zu beachten, die das Grundgesetz dem staatlichen Handeln zieht. Diese Grenzen hat die Bundesregierung mehrfach überschritten. Der Gesetzgeber darf die erforderliche Kurskorrektur nicht in die Hände der Gerichte legen, sondern muss selbst tätig werden. In einem ersten Schritt werden daher die Regelungen zur anlasslosen Speicherung von Telekommunikationsverbindungsdaten gemäß §§ 113a ff. TKG aufgehoben. Ebenso wird das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) aufgehoben, da von den bußgeldbewehrten Pflichten zur Löschung innerhalb starrer Fristen das Risiko einer vorsorglichen Löschung zulässiger Meinungen ausgeht. Die Pflicht zur Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten wird in das Telemediengesetz (TMG) übernommen und erweitert. Im Übrigen erscheint es zweifelhaft, ob dem Bund für die Regulierung von Telemedien im Umgang mit rechtswidrigen Inhalten die Gesetzgebungszuständigkeit zusteht.

AKTUELLER STATUS 24.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/204) http://tsp.pm/lpOv1b 12.12.2017: 1. Lesung Überweisung (federführend: Hauptausschuss) Plenarprotokoll (19/4) http://tsp.pm/CiwbvF 01.02.2018: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/11) http://tsp.pm/WjjvXE 21.03.2018: Ausschuss 13.06.2018: Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/NxDmfa Stellungnahmen http://tsp.pm/09eFoA Sachverständigenliste http://tsp.pm/9A6otJ 15.05.2019: Anhörung Stellungnahmen http://tsp.pm/mOgKdI 25.09.2019: Ausschuss Absetzung von TO 16.10.2019: Ausschuss Absetzung von TO Absetzung von TO 23.10.2019: Ausschuss 06.11.2019: Ausschuss Absetzung von TO 13.11.2019: Ausschuss Absetzung von TO Absetzung von TO 11.12.2019: Ausschuss 12.12.2019: Beratung Bericht des Ausschusses gemäß § 62 Abs. 2 GO-BT (19/15735) http://tsp.pm/iTQ1uZ 18.12.2019: Ausschuss Absetzung von TO 15.01.2020: Ausschuss Absetzung von TO 29.01.2020: Ausschuss Beschlussempfehlung und Bericht (19/16919) http://tsp.pm/ykQ1CX

vsl. 17.09.2021: Beratung

UNVERÄNDERT

19/28784

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES ABGEORDNETENGESETZES – VERBESSERUNG DER TRANSPARENZREGELN FÜR DIE MITGLIEDER DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



Mit dem Gesetz sollen die parlamentarischen Transparenzregeln des AbgG deutlich verbessert werden. Die bisher untergesetzlichen Verhaltensregeln werden dafür ins AbgG übertragen. Ein neuer Elfter Abschnitt soll die bisherigen untergesetzlichen Verhaltensregeln (Anlage 1 GO-BT) ersetzen. Hierdurch sollen sämtliche Transparenzregeln für Bundestagsabgeordnete rechtssicher im AbgG verankert und somit übersichtlich werden.

AKTUELLER STATUS 11.06.2021: 2./3. Lesung Bundestag **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/28784) http://tsp.pm/zoKInx 22.04.2021: 1. Lesung Überweisung (federführend: Ausschuss für Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung) Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/ryq1NZ 22.04.2021: Ausschuss Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung 05.05.2021: Anhörung Sachverständigenliste http://tsp.pm/YnE7qn Stellungnahmen http://tsp.pm/FZXQ88 09.06.2021: Ausschuss Beschlussempfehlung und Bericht (19/30492) http://tsp.pm/NzPCjA 11.06.2021: 2./3. Lesung Annahme in Ausschussfassung Plenarprotokoll (19/234) http://tsp.pm/IT27DW **BUNDESRAT** vsl. 01.09.2021: Ausschuss

19/28777

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES STRAFGESETZBUCHES – ÜBERFÜHRUNG DES § 42 DES BUNDESDATENSCHUTZGESETZES IN DAS STRAFGESETZBUCH ZUM VERBESSERTEN STRAFRECHTLICHEN SCHUTZ VON PERSÖNLICHEN DATEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	FDP-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	-

Mit dem Gesetz soll die bisher in § 42 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) geregelte Norm, die die Veröffentlichung von nicht öffentlich zugänglichen Daten unter Strafe stellt, aus dem BDSG in das Kernstrafrecht übertragen werden. Außerdem soll der Straftatbestand von einem absoluten zu einem relativen Antragsdelikt geändert werden.

AKTUELLER STATUS



22.04.2021: 1. Lesung

19.05.2021: Anhörung

BUNDESRAT

19.05.2021: Öffentliche Anhörung

Gesetzentwurf (19/28777) http://tsp.pm/qKRYU5

Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz)

Plenarprotokoll (19/224) http://tsp.pm/KGUuWQ

Sachverständigenliste http://tsp.pm/ly4NTn

Stellungnahmen http://tsp.pm/jlFl4s

19/27772

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES TELEMEDIENGESETZES UND DES GESETZES GEGEN WETTBEWERBSBESCHRÄNKUNGEN – SICHERSTELLUNG DER MEINUNGSFREIHEIT IN SOZIALEN NETZWERKEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	AfD-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	-

Das Telemediengesetz (TMG) regelt in den §§ 7 ff TMG die Verantwortlichkeit der Diensteanbieter. Die Vorschrift des § 7 Absatz 1 TMG soll um den Satz ergänzt werden, dass auch bei Informationen, die von dritter Seite erstellt wurden, von einer "eigenen Information" des Diensteanbieters auszugehen ist, wenn er die Information auf andere Kriterien als auf ihre Vereinbarkeit mit den allgemeinen Gesetzen inhaltlich überprüft. In § 7 TMG soll außerdem ein Absatz 1a aufgenommen werden, der bestimmt, dass soziale Netzwerke, die marktbeherrschend sind im Sinne von § 18 GWB, die Inhalte ihrer Nutzer nur auf ihre Vereinbarkeit mit den allgemeinen Gesetzen inhaltlich überprüfen dürfen und im Fall der Zuwiderhandlung dem Nutzer zum Schadensersatz verpflichtet sind.

AKTUELLER STATUS

BUNDESTAG 25.03.2021: 1. Lesung 05.05.2021: Ausschuss 06.05.2021: 2./3. Lesung BUNDESRAT

05.05.2021: Ausschuss Bundestag

Gesetzentwurf (19/27772) http://tsp.pm/dUKDf7

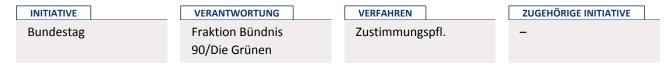
Überweisung (federführend: Ausschuss für Wirtschaft und Energie)
Plenarprotokoll (19/218) http://tsp.pm/Ap9S7S

Beschlussempfehlung und Bericht (19/29382) http://tsp.pm/KW684Y

Absetzung von TO

19/20037

TRACING-APP-FREIWILLIGKEITS-GESETZ (TRAPPFG)



Mit dem Gesetz soll für "bestimmte Massengeschäfte" geregelt werden, dass niemand benachteiligt werden darf, weil er keine Tracing-App installiert hat bzw. nutzt. Gleiches soll für Arbeitsverhältnisse gelten. Bei Verstoß droht ein Unterlassungs- und Schadenersatzanspruch. Die Nutzung oder Offenbarung von Daten aus der Nutzung soll nicht dem Direktionsrecht des Arbeitgebers und dem Weisungsrecht des Dienstherrn unterliegen. Zudem werden eine strenge Zweckbindung sowie ein Beschlagnahme- und Verwertungsverbot geregelt.

AKTUELLER STATUS

BUNDESTAG 17.06.2020: Ausschuss 18.06.2020: 1. Lesung BUNDESRAT

18.06.2020: 1. Lesung Bundestag

Gesetzentwurf (19/20037) http://tsp.pm/RgAJBI

Keine Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung

Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz)

Plenarprotokoll (19/166) http://tsp.pm/h21hZx

19/9527

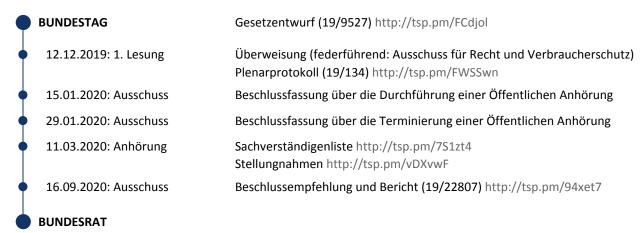
GESETZ ZUR MODERNISIERUNG DES RECHTSDIENSTLEISTUNGSRECHTS

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	FDP-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	-

Mit dem Gesetz soll das Anbieten von automatisierten Rechtsdienstleistungen durch deren Aufnahme in den Erlaubniskatalog des Rechtsdienstleistungsgesetzes ermöglicht werden. Anbieter von automatisierten Rechtsdienstleistungen erhielten somit die Möglichkeit, aufgrund besonderer Sachkunde und einer darauf aufbauenden Registrierung bei der zuständigen Behörde außergerichtliche Rechtsdienstleistungen zu erbringen. Zudem wird die Befugnis eröffnet, Urkunden im Sinne der §§ 174, 410 BGB nunmehr auch in Textform in den Rechtsverkehr zu begeben. Außerdem soll § 309 BGB dahingehend erweitert werden, dass in Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowohl das vertragliche Verbot der Geltendmachung von Forderungen durch Dritte als auch ein Verbot der Abtretung von Forderungen stets unzulässig sind.

AKTUELLER STATUS

16.09.2020: Ausschuss Bundestag



19/9508

STRAFRECHTSÄNDERUNGSGESETZ – EINFÜHRUNG EINER EIGENSTÄNDIGEN STRAFBARKEIT FÜR DAS BETREIBEN VON INTERNETBASIERTEN HANDELSPLATTFORMEN FÜR ILLEGALE WAREN UND DIENSTLEISTUNGEN

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundesrat	Nordrhein-Westfalen	Nicht zustimmungspfl.	-

Mit dem Gesetz soll ein neuer Straftatbestand des Anbietens von Leistungen zur Ermöglichung von Straftaten eingeführt werden. Dieser erfasst ausschließlich internetbasierte Angebote hinsichtlich Zugang und Erreichbarkeit von beschränkten Netzwerken und setzt die Ausrichtung der Leistung auf die Ermöglichung von Delikten, deren Begehung besondere Gefahren für die öffentliche Sicherheit begründen, voraus. Ergänzt wird der Grundtatbestand durch eine Qualifikation im Falle gewerbsmäßiger Begehung. Lediglich diese Qualifikation soll Anknüpfungstat für die cyberspezifische, eingriffsintensive Ermittlungsmaßnahme der Überwachung der Telekommunikationsüberwachung sein.

AKTUELLER STATUS 15.03.2019: 1. Beratung Bundesrat **BUNDESRAT** Gesetzentwurf (33/19) http://tsp.pm/BYtx5R 15.02.2019: Beratung Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht) Plenarprotokoll (974) http://tsp.pm/tDcDXh 27.02.2019: Ausschuss Empfehlungen der Ausschüsse (33/1/19) http://tsp.pm/yeiaQs 15.03.2019: Beratung Einbringung in geänderter Fassung; Bestellung eines Beauftragten (33/19(B)) http://tsp.pm/PDqx2i Plenarprotokoll (975) http://tsp.pm/QBzdGZ **BUNDESTAG** Gesetzentwurf (19/9508) http://tsp.pm/oXJTXK **BUNDESRAT**

UNVERÄNDERT 19/218

GESETZ ZUR TEILAUFHEBUNG DES NETZWERKDURCHSETZUNGSGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	Fraktion Die Linke	Nicht zustimmungspfl.	-

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) ist breiter Kritik ausgesetzt. Vor allem auf die Gefahr einer Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit durch massenhafte Entfernung zulässiger Inhalte und des Einstiegs in eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung wurde hingewiesen. Deshalb soll das NetzDG teilweise aufgehoben werden. Erhalten bleiben die Regelungen, deren Sinnhaftigkeit oder jedenfalls Unschädlichkeit unstrittig ist. Dazu zählen insbesondere die Verpflichtung zur Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten, die grundsätzliche Verpflichtung, ein zugängliches Verfahren zur Übermittlung von Beschwerden anzubieten, und ein Verfahren zum Umgang damit vorzuhalten, sowie ein verpflichtendes Berichtswesen über diese Verfahren.

AKTUELLER STATUS	29.01.2020: Ausschuss Bundestag
BUNDESTAG	Gesetzesentwurf (19/218) http://tsp.pm/C6Kiya
12.12.2017: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Hauptausschuss) Plenarprotokoll (19/4) http://tsp.pm/VmUCYq
• 01.02.2018: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/11) http://tsp.pm/iDGhVN
18.04.2018: Ausschuss	Beschlussfassung über die Durchführung einer Öffentlichen Anhörung
13.03.2019: Ausschuss	Beschlussfassung über die Terminierung einer Öffentlichen Anhörung
15.05.2019: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/F1AzcZ Stellungnahmen http://tsp.pm/ks0Jta
25.09.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
16.10.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
23.10.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
06.11.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
13.11.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
11.12.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
• 12.12.2019: Beratung	Bericht des Ausschusses gemäß § 62 Abs. 2 GO-BT (19/15780) http://tsp.pm/d0C91D
18.12.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
15.01.2020: Ausschuss	Absetzung von TO
9.01.2020: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/16919) http://tsp.pm/d9Y6bx
BUNDESRAT	

19/81

GESETZ ZUR AUFHEBUNG DES NETZWERKDURCHSETZUNGSGESETZES

INITIATIVE	VERANTWORTUNG	VERFAHREN	ZUGEHÖRIGE INITIATIVE
Bundestag	AfD-Fraktion	Nicht zustimmungspfl.	-

Das NetzDG stellt einen schwerwiegenden Eingriff in das Recht der freien Meinungsäußerung dar. Dies gilt vor allem deswegen, weil Prinzipien des Äußerungsrechtes, wozu etwa die Berücksichtigung subjektiver Tatbestände bei der Bewertung der Zulässigkeit einer Äußerung zählt, durch das NetzDG unbeachtet bleiben. Das NetzDG birgt darüber hinaus zahlreiche Vollzugsprobleme in sich und provoziert verfassungs- und medienrechtliche Konflikte. Das NetzDG soll deshalb aufgehoben werden, um einen freien Meinungsaustausch in den sozialen Netzwerken zu gewährleisten und um ein rechtsstaatliches Verfahren bei der Löschung rechtswidriger Kommentare sicherzustellen.

AKTUELLER STATUS	29.01.2020: Ausschuss Bundestag
BUNDESTAG	Gesetzentwurf (19/81) http://tsp.pm/5U3iSK
12.12.2017: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Hauptausschuss) Plenarprotokoll (19/4) http://tsp.pm/uoO7QK
• 01.02.2018: 1. Lesung	Überweisung (federführend: Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz) Plenarprotokoll (19/11) http://tsp.pm/8gH7Zt
27.06.2018: Ausschuss	Absetzung von TO
26.09.2018: Ausschuss	Absetzung von TO
16.01.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
13.03.2019: Ausschuss	Beschlussfassung über die Terminierung einer Öffentlichen Anhörung
21.03.2019: Beratung	Bericht des Ausschusses gemäß § 62 Abs. 2 GO-BT
15.05.2019: Anhörung	Sachverständigenliste http://tsp.pm/7sRCbx Stellungnahmen http://tsp.pm/lvSPU4
25.09.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
16.10.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
23.10.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
• 06.11.2019: Ausschuss	Absetzung von TO Bericht des Ausschusses gemäß § 62 Abs. 2 GO-BT (19/14723) http://tsp.pm/hM3tyb
13.11.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
11.12.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
12.12.2019: Beratung	Bericht des Ausschusses gemäß § 62 Abs. 2 GO-BT (19/14723) http://tsp.pm/MRcIGg
18.12.2019: Ausschuss	Absetzung von TO
15.01.2020: Ausschuss	Absetzung von TO
29.01.2020: Ausschuss	Beschlussempfehlung und Bericht (19/16919) http://tsp.pm/NXbuN3
BUNDESRAT	

ÜBERSICHT DER KW 25

Ausblick auf die politischen Termine vom 21.06. bis 27.06.2021



PLENUM

- 235. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 236. Sitzung des Deutschen Bundestages
- 237. Sitzung des Deutschen Bundestages

AUSSCHÜSSE

- 123. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie
- 161. Sitzung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz
- 116. Sitzung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur
- 147. Sitzung des Finanzausschusses
- 124. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie
- 77. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
- 120. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- 134. Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Soziales
- 179. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
- 150. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat
- 102. Sitzung des Haushaltsausschusses
- 77. Sitzung des Sportausschusses
- 77. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien
- 97. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- 104. Sitzung des Haushaltsausschusses
- 84. Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda
- 31. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses



PLENUM

1006. Sitzung des Bundesrates

AUSSCHÜSSE

Keine Sitzung.

Nächste Sitzungen: 30.08. - 03.09.2021



KW 25

Montag, 21.06.2021

Tag der Industrie 2021

Deutscher Verbrauchertag 2021

Dienstag, 22.06.2021

VdTÜV zur Transformation Deutschlands

Neu KfW zu Innovationen und Zukunftsfonds

Neu Enquete-Kommission Berufliche Bildung zum Abschlussbericht

SNV zur KI-Regulierung der USA

Neu FES und Netzwerk Wissenschaft zu europäischer Forschung

Mittwoch, 23.06.2021

35. Sitzung des IT-Planungsrats (IT-PLR)

BKartA zur Vorstellung des Tätigkeits- und Jahresberichts

eco zu City Carrier

Neu LV Rheinland Pfalz, FU Berlin und FES zu digitaler Demokratie

Neu DB und Telekom zum Mobilfunkempfang entlang von Bahnstrecken

BMWi zum IPCEI Industrial Cloud

Stiftung Datenschutz zum Datenschutz in der Pandemie

Neu BMF und Vertretung der EU-Kommission zu NextGenerationEU und DARP

FDP-Fraktion zu Sonderwirtschaftszonen und Innovationen

eco zu Digitalpolitik

Donnerstag, 24.06.2021

Neu eco zu Smart Cities

Neu Heinrich-Böll-Stiftung zu Desinformation zur Bundestagswahl

Tag der Immobilienwirtschaft 2021

Neu Vertretung der EU-Kommission zur Industriestrategie der Kommission

Tagesspiegel zur Bundestagswahl und Digitalpolitik

Neu BMU, BfS und SSK zur Strahlenforschung



PLENUM

Mittwoch, 23.06.2021 | 12.00 Uhr

235. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

- Top 2 Befragung der Bundesregierung
- **Top 3** Fragestunde (19/30797)
- **Top 4** Beratung der Unterrichtung durch die Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt: Schlussbericht der Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt (19/...)

Donnerstag, 24.06.2021 | 09.00 Uhr

236. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

- **Top 8** Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 24. und 25. Juni 2021 in Brüssel
- Top 13n Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt,
 Naturschutz und nukleare Sicherheit (19/26707) zu dem Antrag der Fraktion der FDP:
 Anpassung an den Klimawandel Potentiale der Digitalisierung, Gentechnik und sozialen
 Marktwirtschaft nutzen (19/24631)
- **Top 21a** Beratung des Antrags der Fraktion der FDP: Mit Marktwirtschaft und Innovation das Klima schützen und unseren Wohlstand sichern (19/...)
- **Top 21i** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen (19/15364) zu dem Antrag der Fraktion der FDP: Smart Cities mit Datenfluss zu blühenden Städten (19/14045)
- **Top 21j** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (19/29837) zu dem Antrag der Fraktion der FDP: Smart Germany – CO2 an die digitale Kette legen (19/14039)
- **Top 22a** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes für faire Verbraucherverträge (19/26915) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- Top 22b Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...) zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

 Unerlaubte Telefonwerbung und unseriöse Geschäftspraktiken wirksam bekämpfen (19/3332)
- Top 22c Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...) zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mit einem Klick Kündigungsbutton und weitere Verbesserungen im elektronischen Geschäftsverkehr für Verbraucherinnen und Verbraucher (19/17449)
- **Top 22d** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...) zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Gesetz über faire Verbraucherverträge dringend nachbessern (19/28442)

- Top 23a Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442, 19/28408, 19/28605 Nr. 1.17) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (19/...) und Bericht des Haushaltsausschusses gemäß § 96 der Geschäftsordnung (19/...)
- Top 23b Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Datenschutzaufsicht (DSAufsichtsG) (19/29761) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Heimat (19/...)
- **Top 23c** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Aufbau und Vermittlung von Datenkompetenz beschleunigen (19/29776)
- Top 23d Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Inneres und Heimat (19/29818) zu dem Antrag der Fraktion der FDP: Datenpolitik für Selbstbestimmung, Wettbewerb und Innovation (19/26538) und zu dem Antrag der Fraktion der FDP: Staatliche Daten verwenden Wohlstand durch Datenreichtum gewinnen (19/27814)
- **Top 23e** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der FDP: Umgang mit Fahrzeugdaten für Innovation, Sicherheit und Mobilität im 21. Jahrhundert (19/29755)
- Top 27a Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches effektivere Bekämpfung von Nachstellungen und bessere Erfassung des Cyberstalkings (19/28679) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- **Top 27b** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes sogenannter Feindeslisten (19/28678) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- Top 27c Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches Strafbarkeit des Betreibens krimineller Handelsplattformen im Internet und des Bereitstellens entsprechender Server-Infrastrukturen (19/28175) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- **Top 30a** Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags (19/27424) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- Top 30b Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen (19/27653) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/...)
- Top 44c Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer prozessrechtlicher Vorschriften (19/28399) Abschließende Beratung ohne Aussprache

- Top 44bbbbbb Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der Bürgerrechte (Bürgerrechtestärkungs-Gesetz BüStärG) (19/204) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (19/16919) Abschließende Beratung ohne Aussprache
- **Top 44dddddd** Zweite und dritte Beratung des von der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes (19/1174) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (19/4657) Abschließende Beratung ohne Aussprache

Freitag, 25.06.2021 | 09.00 Uhr

237. SITZUNG DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

- Top 34 Vereinbarte Debatte: Digitale Agenda in der 19. Legislaturperiode
- **Top 35a** Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung zur Hightech-Strategie 2025 Erfolgsmodell Hightech-Strategie für ein starkes Innovationsland Deutschland (19/30780)
- **Top 35b** Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2021 (19/30785)
- **Top 35c** Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung: Forschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zur IT-Sicherheit "Digital. Sicher. Souverän." (19/30736)
- **Top 35d** Beratung des Antrags der Fraktion der FDP: Anstoß zur Einführung einer Neuheitsschonfrist im europäischen und deutschen Patentrecht (19/...)
- **Top 35f** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der FDP: Technologische Mündigkeit gewährleisten Rahmenbedingungen für KI-Anwendungen verbessern (19/28430)
- **Top 35i** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der AfD: Spezifische Forschungsförderung zur automatischen Erkennung KI-manipulierter Fotos und Videos (19/27848)
- **Top 35j** Beratung des Antrags der Fraktion der AfD: Digitalpolitik ernst nehmen Datenpolitik der Bundesregierung ambitionieren und internationale Monopolunternehmen beschränken (19/...)
- **Top 35k** Beratung des Antrags der Fraktion der AfD: Digitalpolitik ernst nehmen Digitalisierung in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft professionell umsetzen (19/...)
- **Top 35I** Beratung des Antrags der Fraktion der AfD: Digitalpolitik ernst nehmen Strukturelle und strategische Neuausrichtung für mehr politische und inhaltliche Verantwortlichkeit (19/...)
- **Top 39a** Beratung des Antrags der Fraktion Die Linke: Abschöpfung der Extra-Profite von Krisengewinnern wie Amazon (19/28525)
- **Top 41** Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Inneres und Heimat (19/...) zu dem Antrag der Fraktion der FDP: Smart Police Digitalisierung der deutschen Polizei anschieben (19/27172)

AUSSCHÜSSE

Dienstag, 22.06.2021 | 08.00 Uhr

123. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

- **Top 1a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442)
- **Top 1b** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors (19/27442) Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung (19/28408)

Dienstag, 22.06.2021 | 10.15 Uhr

161. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

- **Top 4** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches effektivere Bekämpfung von Nachstellungen und bessere Erfassung des Cyberstalkings (19/28679, 19/29639)
- **Top 5a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches Verbesserung des strafrechtlichen Schutzes gegen sogenannte Feindeslisten (19/28678, 19/29638)
- **Top 5b** Gesetzentwurf der Fraktion der FDP: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches Überführung des § 42 BDSG in das StGB zum verbesserten strafrechtlichen Schutz von persönlichen Daten (19/28777)
- **Top 6** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches Strafbarkeit des Betreibens krimineller Handelsplattformen im Internet und des Bereitstellens entsprechender ServerInfrastrukturen (19/28175)
- **Top 8a** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen (19/27653)
- **Top 8b** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags (19/27424, 19/28174)
- **Top 9** Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten und zur Änderung weiterer prozessrechtlicher Vorschriften (19/28399)

Mittwoch, 23.06.2021 | 08.00 Uhr

116. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

- **Top 1** Gespräch mit dem Vorsitzenden des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen Prof. Dr. Peter Kenning und Prof. Dr. Nina Baur, Mitglied des Sachverständigenrats, über das Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland 2021
- **Top 4** Bericht des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur: Nachbericht zur Tagung des Rates Verkehr, Telekommunikation und Energie (Teil: Telekommunikation) am 4. Juni 2021
- **Top 6** Antrag der Fraktion der FDP: Umgang mit Fahrzeugdaten für Innovation, Sicherheit und Mobilität im 21. Jahrhundert (19/29755)

147. SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES

Top 4 Antrag der Fraktion der FDP: Umsatzsteuerbetrug bekämpfen, Verfahren durch Digitalisierung modernisieren (19/26534)

Mittwoch, 23.06.2021 | 09.00 Uhr

124. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

- **Top 2** Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zu den aktuellen wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie und den Hilfsprogrammen der Bundesregierung
- **Top 9a** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Neufassung)
- **Top 9c** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Digitaler Kompass 2030: der europäische Weg in die digitale Dekade
- **Top 9h** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020: einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen
- **Top 9i** Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: Fostering a European approach to Artificial Intelligence
- **Top 9j** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz (Gesetz über Künstliche Intelligenz) und zur Änderung bestimmter Rechtsakte der Union
- **Top 9k** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche Subventionen

Mittwoch, 23.06.2021 | 09.15 Uhr

77. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR BILDUNG, FORSCHUNG UND TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG

- **Top 1b** Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD: Bildung, Innovation und Digitalisierung Zentrale Bausteine für eine nachhaltige Entwicklung (19/22507)
- **Top 2** Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung zur Hightech-Strategie 2025 – Erfolgsmodell Hightech-Strategie für ein starkes Innovationsland Deutschland (19/...)

Mittwoch, 23.06.2021 | 09.30 Uhr

120. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

Top 24 Antrag der Fraktion der AfD: Erstellung einer Studie über die 5G-Technologie und deren Auswirkungen (19/25308)

Mittwoch, 23.06.2021 | 09.30 Uhr

134. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR ARBEIT UND SOZIALES

- **Top 3a** Antrag der Fraktion der FDP: Arbeitsrecht updaten Moderner Rechtsrahmen für ortsund zeitflexibles Arbeiten (19/23678)
- Top 3b Antrag der Fraktion Die Linke: Für ein Recht auf gute Arbeit im Homeoffice (19/26298)
- **Top 3c** Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Recht auf Homeoffice einführen Mobiles Arbeiten erleichtern (19/13077)
- **Top 6** Antrag der Fraktion der AfD: Nutzung des Potentials der Digitalisierung zur Schaffung von dezentralen Arbeitsplätzen und zur wirtschaftlichen Stärkung der Kommunen und ländlichen Räume (19/17527)
- **Top 12** Berichterstattung durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Bericht der Bundesregierung zu Homeoffice und Arbeitsschutzverordnung Behandlung gem. § 62 Abs. 1 Satz 3 GO BT auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mittwoch, 23.06.2021 | 09.30 Uhr

179. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR GESUNDHEIT

- **Top 2** Vorstellung des Gutachtens "Digitalisierung für Gesundheit" des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen durch den Vorsitzenden, Herrn Prof. Dr. Ferdinand M. Gerlach
- **Top 13g** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Ermöglichung der digitalen Umgestaltung der Gesundheitsversorgung und Pflege im digitalen Binnenmarkt, die aufgeklärte Mitwirkung der Bürger und den Aufbau einer gesünderen Gesellschaft
- Top 13h Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate zur Bescheinigung von Impfungen, Tests und der Genesung mit der Zielsetzung der Erleichterung der Freizügigkeit während der COVID-19-Pandemie (digitales grünes Zertifikat)
- **Top 13i** Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate zur Bescheinigung von Impfungen, Tests und der Genesung für Drittstaatsangehörige mit rechtmäßigem Aufenthalt oder Wohnsitz im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten während der COVID-19-Pandemie (digitales grünes Zertifikat)

Mittwoch, 23.06.2021 | 10.00 Uhr

150. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR INNERES UND HEIMAT

- **Top 4** Gesetzentwurf der Fraktion der AfD: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Verfassungsmäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit im Bundesverfassungsschutzgesetz (19/30406)
- **Top 5** Gesetzentwurf der Fraktion der AfD: Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz Bundesverfassungsschutzgesetz (19/30412)
- **Top 15** Antrag der Fraktion der FDP: Smart Germany Digitalisierung und Bürgerrechte (19/14058)

AUSBLICK

102. SITZUNG DES HAUSHALTSAUSSCHUSSES

- **Top 1a** Unterrichtung durch die Bundesregierung über die Beschlüsse des Bundeskabinetts zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 und zum Finanzplan des Bundes bis 2025
- **Top 1b** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Ergebnisse der 160. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" vom 10. bis 12. Mai 2021

Mittwoch, 23.06.2021 | 14.00 Uhr

77. SITZUNG DES SPORTAUSSCHUSSES

Top 5 Antrag der Fraktion der FDP: Förderung des eSports in Deutschland (19/30392)

Mittwoch, 23.06.2021 | 14.00 Uhr

77. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR KULTUR UND MEDIEN

Top 8a Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europas Medien in der digitalen Dekade – Ein Aktionsplan zur Unterstützung der Erholung und des Wandels

Mittwoch, 23.06.2021 | 14.00 Uhr

97. SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR DIE ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Top 4a Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie vom 11. Juni 2021

Mittwoch, 23.06.2021 | 14.15 Uhr

104. SITZUNG DES HAUSHALTSAUSSCHUSSES

- **Top 11** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Investitionen im Rahmen des Konjunkturpaketes 2020; Bericht des BMVI an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zum aktuellen Umsetzungsstand des Schnellläuferprogramms zur Beschleunigung des Rollouts der "Digitalen Schiene Deutschland"
- **Top 42** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Bericht der Bundesregierung zum Stand der IT-Sicherheit der Rechenzentren der Bundesverwaltung
- **Top 43** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Dritter Sachstandsbericht des Bundesministeriums für Verteidigung zum Cyber- und Informationsraum (CIR)
- **Top 52** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Abschluss eines Vertrages mit einem Volumen von mehr als 25 Mio. Euro im Epl. 14; Rahmenvertrag Sichere InterNetzwerk Architektur (SINA)
- **Top 55** Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen: Abschluss eines Vertrages mit einem Volumen von mehr als 25 Mio. Euro im Epl. 14; Beschaffungsvorhaben Radarnavigationssystem für diverse Klassen

Mittwoch, 23.06.2021 | 15.00 Uhr

84. SITZUNG DES AUSSCHUSSES DIGITALE AGENDA

- **Top 2** Gespräch mit dem Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat über aktuelle digitalpolitische Themen
- **Top 3** Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe neu ausrichten Bevölkerungsschutz 4.0 digital gestalten (19/27846) (Selbstbefassung)

Top 4 Tätigkeitsbericht CIO: Gäste im Ausschuss: StS Dr. Richter (CIO Bund) und Harald Joos (CIO BFV)

Freitag, 25.06.2021 | 07.30 Uhr

31. SITZUNG DES RECHNUNGSPRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Top 8 Vorlage des Bundesrechnungshofes: Bericht nach § 88 Abs. 2 BHO zu Reformbestrebungen im Bundeshochbau unter dem Aspekt der digitalen Transformation



PLENUM

Freitag, 25.06.2021 | 09.30 Uhr

1006. SITZUNG DES BUNDESRATES

- **Top 2** Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen und zur Änderung anderer Gesetze (461/21)
- **Top 3** Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz LkSG) (495/21)
- **Top 25** Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät (470/21)
- Top 26 Gesetz zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts (512/21)
- Top 29 Gesetz zur Modernisierung der Rechtsgrundlagen der Bundespolizei (515/21)
- **Top 33** Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) 2019/816 sowie zur Änderung weiterer Vorschriften (474/21)
- Top 34a Zweites Gesetz zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts (517/21)
- **Top 38** Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht (520/21)
- **Top 39** Gesetz zur Fortentwicklung der Strafprozessordnung und zur Änderung weiterer Vorschriften (521/21)
- **Top 40** Gesetz zur Förderung verbrauchergerechter Angebote im Rechtsdienstleistungsmarkt (522/21)
- Top 41 Gesetz zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in Umsetzung der EU-Richtlinie zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union und zur Aufhebung der Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 auf das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (523/21)
- Top 42 Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie (DiRUG) (524/21)
- **Top 51** Gesetz zur Errichtung und Führung eines Registers über Unternehmensbasisdaten und zur Einführung einer bundeseinheitlichen Wirtschaftsnummer für Unternehmen und zur Änderung weiterer Gesetze (530/21)
- Top 68 Entschließung des Bundesrates Europäische Datensouveränität schützen (340/21)

- **Top 73** Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020: einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen (436/21)
- **Top 89** Verordnung zu automatisierten Datenabrufen aus den Pass- und Personalausweisregistern sowie zur Änderung der Passverordnung, der Personalausweisverordnung und der Aufenthaltsverordnung (395/21)
- Top 90 Verordnung nach § 3 Absatz 2 Satz 2 des Onlinezugangsgesetzes (396/21)
- Top 112 Wahl eines Stellvertreters für den gemeinsamen Vertreter im Europäischen Datenschutzausschuss gemäß § 17 Absatz 1 Satz 2 Bundesdatenschutzgesetz (2017) (198/18)

AUSSCHÜSSE

Keine Sitzung.

Nächste Sitzungen: 30.08. - 03.09.2021



KW 25

Montag, 21.06.2021 | 11.30 Uhr (bis 23.06.)

TAG DER INDUSTRIE 2021

Format: Konferenz

Veranstalter: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)

Teilnehmer: Olaf Scholz (Bundesminister der Finanzen), Peter Altmaier MdB

(Bundesminister für Wirtschaft und Energie), Jens Spahn MdB

(Bundesminister für Gesundheit), Dorothee Bär MdB (Staatsministerin für

Digitalisierung, Bundeskanzleramt), Armin Laschet MdL

(Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen), Dr. Markus Söder MdL (Ministerpräsident, Bayern), Christian Lindner MdB (Vorsitzender, FDP; Vorsitzender, FDP-Fraktion), Annalena Baerbock MdB (Vorsitzende,

Bündnis 90/Die Grünen)

Link: http://tsp.pm/qQVmZM

Ort: Verti Music Hall, Mercedes-Platz 2, 10243 Berlin

Montag, 21.06.2021 | 16.00 Uhr - 17.30 Uhr

DEUTSCHER VERBRAUCHERTAG 2021

Format: Jahresveranstaltung (Online)

Titel: Ohne starke Verbraucher keine starke Wirtschaft

Veranstalter: Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Teilnehmer: Olaf Scholz (Bundesminister der Finanzen), Julia Klöckner

(Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft), Christian Lindner MdB (Vorsitzender, FDP; Vorsitzender, FDP-Fraktion), Dietmar Bartsch MdB (Vorsitzender, Fraktion Die Linke), Annalena Baerbock MdB (Vorsitzende, Bündnis 90/Die Grünen), Klaus Müller (Vorstand, vzbv)

Link: http://tsp.pm/OJsyBg

Dienstag, 22.06.2021 | 09.00 Uhr - 10.00 Uhr

VDTÜV ZUR TRANSFORMATION DEUTSCHLANDS

Format: Diskussion (Online)

Titel: Vertrauen in unsicheren Zeiten

Veranstalter: Verband der technischen Überwachungsvereine (VdTÜV)

Teilnehmer: Lars Klingbeil MdB (Generalsekretär, SPD), Ricarda Lang MdB (stv.

Bundesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Markus Blume MdL (Generalsekretär, CSU), Dr. Dirk

Stenkamp (Präsident, VdTÜV)

Link: http://tsp.pm/Nehomy

Dienstag, 22.06.2021 | 10.30 Uhr - 12.30 Uhr

Neu KFW ZU INNOVATIONEN UND ZUKUNFTSFONDS

Format: Vortrag und Diskussion (Online)

Titel: Zukunftsfonds: Innovationen weiterdenken Veranstalter: Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Teilnehmer: Olaf Scholz (Bundesminister der Finanzen), Peter Altmaier MdB

(Bundesminister für Wirtschaft und Energie), Dr. Jörg Kukies

(Staatssekretär, BMF), Thomas Jarzombek MdB (Beauftragter des BMWi für Digitale Wirtschaft und Start-ups; Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt), Dr. Günther Bräunig (Vorstandsvorsitzender, KfW),

Christian Miele (Präsident, BVDS)

Link: http://tsp.pm/ff4xHU

Dienstag, 22.06.2021 | 13.00 Uhr - 16.00 Uhr

Neu ENQUETE-KOMMISSION BERUFLICHE BILDUNG ZUM ABSCHLUSSBERICHT

Format: Präsentation und Diskussion

Titel: Wie können wir die berufliche Bildung zukunftssicher machen?

Veranstalter: Enquete-Kommission "Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt" Teilnehmer: Dr. Wolfgang Schäuble MdB (Präsident, Deutscher Bundestag), Antje

Lezius MdB (Vorsitzende der Enquete-Kommission Berufliche Bildung, CDU/CSU-Fraktion), Katrin Staffler MdB (Obfrau in der Enquete-

Kommission Berufliche Bildung, CDU/CSU-Fraktion), Yasmin Fahimi MdB (Obfrau in der Enquete-Kommission Berufliche Bildung, SPD-Fraktion),

Prof. Dr. Bettina Kohlrausch (Wissenschaftliche Direktorin, WSI)

Link: http://tsp.pm/pELcq1

Ort: Deutscher Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557

Berlin

Dienstag, 22.06.2021 | 15.00 Uhr - 16.00 Uhr

SNV ZUR KI-REGULIERUNG DER USA

Format: Hintergrundgespräch (Online)

Titel: Die Zukunft der Künstlichen Intelligenz gestalten – Strategien aus Brüssel

und DC im Vergleich

Veranstalter: Stiftung Neue Verantwortung (SNV)

Teilnehmer: Ylli Bajraktari (Direktor, NSCAI), Kate Saslow (Projektmanagerin, SNV)

Link: http://tsp.pm/GAcuB5

Dienstag, 22.06.2021 | 15.00 Uhr (bis 25.06.)

Neu FES UND NETZWERK WISSENSCHAFT ZU EUROPÄISCHER FORSCHUNG

Format: Konferenz (Online)

Titel: Ein starkes Europa braucht eine starke Wissenschaft Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Netzwerk Wissenschaft

Teilnehmer: Prof. Dr. Manuel Heitor (Minister für Wissenschaft, Technologie und

Hochschulbildung, Portugal), Jens Geier MdEP (Mitglied im Ausschuss für

Industrie, Forschung und Energie, S&D-Fraktion), Dr. Ernst Dieter

Rossmann MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung, SPD-Fraktion), Dr. Karamba Diaby MdB

(Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung, SPD-Fraktion), Dr. Katerina Ciampi Stancova (Generaldirektion Gemeinsame Forschungsstelle, EU-Kommission)

Link: http://tsp.pm/TLrsLJ

Mittwoch, 23.06.2021

35. SITZUNG DES IT-PLANUNGSRATS (IT-PLR)

Format: Konferenz

Veranstalter: IT-Planungsrat (IT-PLR)

Link: http://tsp.pm/Ef71ki

Mittwoch, 23.06.2021 | 10.30 Uhr

BKARTA ZUR VORSTELLUNG DES TÄTIGKEITS- UND JAHRESBERICHTS

Format: Pressekonferenz (Online)

Titel: Tätigkeitsbericht 2019/2020 sowie Jahresbericht 2020/21 des

Bundeskartellamtes

Veranstalter: Bundeskartellamt (BKartA)

Teilnehmer: Andreas Mundt (Präsident, Bundeskartellamt)

Mittwoch, 23.06.2021 | 12.00 Uhr - 18.00 Uhr

ECO ZU CITY CARRIER

Format: Round Table (Online)

Titel: City Carrier: Zwischen Marktanforderungen und lokalen Smart City

Policies?

Veranstalter: eco – Verband der Internetwirtschaft

Teilnehmer: Harald Summa (CEO, DE-CIX Group; Hauptgeschäftsführer, eco), Jan Lange

(Vorsitzender der Geschäftsführung, DB Broadband), Thilo Höllen (SVP Breitbandkooperationen, Telekom Deutschland), Dr. Volker Ziegler (Vorstandsmitglied, VDE | ITG; 6G Leadership, Nokia Bell Labs), Christoph

Lüthe (Geschäftsführer, DING)

Link: http://tsp.pm/pqdlbT

Mittwoch, 23.06.2021 | 12.00 Uhr

Neu LV RHEINLAND PFALZ, FU BERLIN UND FES ZU DIGITALER DEMOKRATIE

Format: Diskussion (Online)

Titel: Digitale Demokratie: Parteien und Politische Kommunikation in der

Pandemie

Veranstalter: Landesvertretung Rheinland Pfalz (LV Rheinland Pfalz), Freie Universität

Berlin (FU Berlin), Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Teilnehmer: Heike Raab (Staatssekretärin und Bevollmächtigte beim Bund und in

Europa, für Medien und Digitales, Rheinland-Pfalz), Prof. Dr. Thorsten Faas (Professor für Politische Soziologie der Bundesrepublik Deutschland, FU Berlin), Dr. Anna-Katharina Meßmer (Leiterin des Projekts Digitale Nachrichten- und Informationskompetenz, SNV), Frank Stauss

(Geschäftsführender Gesellschafter, Richel Stauss)

Link: http://tsp.pm/PXfLBf

Mittwoch, 23.06.2021 | 12.00 Uhr

Neu DB UND TELEKOM ZUM MOBILFUNKEMPFANG ENTLANG VON BAHNSTRECKEN

Format: Pressekonferenz (Online)

Titel: Starkes Netz für Deutschland

Veranstalter: Deutsche Bahn (DB), Deutsche Telekom

Teilnehmer: Andreas Scheuer MdB (Bundesminister für Verkehr und digitale

Infrastruktur), Dr. Richard Lutz (Vorstandsvorsitzender, DB), Timotheus

Höttges (Vorstandsvorsitzender, Deutsche Telekom)

Mittwoch, 23.06.2021 | 13.00 Uhr - 15.00 Uhr

BMWI ZUM IPCEI INDUSTRIAL CLOUD

Format: Informationsveranstaltung (Online)

Veranstalter: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Link: http://tsp.pm/vLy9ro

Mittwoch, 23.06.2021 | 13.00 Uhr - 14.30 Uhr

STIFTUNG DATENSCHUTZ ZUM DATENSCHUTZ IN DER PANDEMIE

Format: Diskussion (Online)

Titel: Datenschutz am Mittag: Impfpass, Apps und Testpflichten – Datenschutz

in der Pandemie

Veranstalter: Stiftung Datenschutz

Teilnehmer: Mirka Möldner (Bereichsleiterin, BayLDA), Frederick Richter (Vorstand,

Stiftung Datenschutz)

Link: http://tsp.pm/DFpE2U

Mittwoch, 23.06.2021 | 14.00 Uhr - 15.15 Uhr

Neu BMF UND VERTRETUNG DER EU-KOMMISSION ZU NEXTGENERATIONEU UND DARP

Format: Diskussion (Online)

Titel: Krisenfest und zukunftsfähig: #NextGenerationEU und der Deutsche

Aufbau- und Resilienzplan

Veranstalter: Bundesministerium der Finanzen (BMF), Vertretung der Europäischen

Kommission in Deutschland

Teilnehmer: Céline Gauer (Generaldirektorin der Generaldirektion Aufbau und

Resilienz, EU-Kommission), Dr. Jörg Wojahn (Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland), Jakob von Weizsäcker (Leiter der Abteilung Finanzpolitische und volkswirtschaftliche Grundsatzfragen; Internationale Finanz- und Währungspolitik, BMF), Guntram Wolff (Direktor, Bruegel),

Daniel Gros (Vorstandsmitglied, CEPS)

Link: http://tsp.pm/jv3fiX

Mittwoch, 23.06.2021 | 18.00 Uhr - 19.30 Uhr

FDP-FRAKTION ZU SONDERWIRTSCHAFTSZONEN UND INNOVATIONEN

Format: Diskussion (Online)

Titel: Digitale Freiheitszonen für Deutschland – New Spaces for Winning the

Innovation Race

Veranstalter: FDP-Bundestagsfraktion

Teilnehmer: Dr. Thomas Sattelberger MdB (forschungs-, bildungs- und

innovationspolitischer Sprecher, FDP-Fraktion), Stefan Schnorr (Leiter der Abteilung Digital- und Innovationspolitik, BMWi), Dr. Olaf Kranz (Head of Science and Innovation DACH-Region, Britische Botschaft Berlin), Prof. Dr.

Christine Volkmann (Professorin für Unternehmensgründung und Wirtschaftsentwicklung, Bergische Universität Wuppertal), Maximilian Viessmann (Co-CEO, Viessmann Group), Dr. Klaus von Dohnanyi (ehem.

Bundesminister; ehem. Erster Bürgermeister, Hamburg)

Link: http://tsp.pm/ebBIDx

Mittwoch, 23.06.2021 | 18.00 Uhr - 19.40 Uhr

ECO ZU DIGITALPOLITIK

Format: Diskussion (Online)

Titel: Wahl/Digital 2021: Digitale Gesellschaft – Digitale Bildung, Innovationen

und digitale Verwaltung

Veranstalter: eco – Verband der Internetwirtschaft

Teilnehmer: Hansjörg Durz MdB (stv. Vorsitzender des Ausschusses für Digitale

Agenda, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Jens Zimmermann MdB (digitalpolitischer

Sprecher, SPD-Fraktion), Christian Lindner MdB (Vorsitzender, FDP;

Vorsitzender, FDP-Fraktion), Mario Brandenburg MdB

(technologiepolitischer Sprecher, FDP-Fraktion), Anke Domscheit-Berg MdB (netzpolitische Sprecherin, Fraktion Die Linke), Margit Stumpp MdB

(medienpolitische Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Link: http://tsp.pm/zivSKR

Donnerstag, 24.06.2021 | 09.15 Uhr - 10.30 Uhr

Neu ECO ZU SMART CITIES

Format: Präsentation einer Studie (Online)

Titel: Der Smart-City-Markt in Deutschland, 2021-2026

Veranstalter: eco – Verband der Internetwirtschaft

Teilnehmer: Thomas Jarzombek MdB (Beauftragter des BMWi für Digitale Wirtschaft

und Start-ups; Koordinator der Bundesregierung für Luft- und Raumfahrt), Oliver Süme (Vorstandsvorsitzender, eco), Prof. Dr. Norbert Pohlmann (Vorstand, eco), Timo von Lepel (Geschäftsführer, NetCologne), Marc

Lamik (Director of Product, Cloudflare)

Link: http://tsp.pm/DBiUVe

Donnerstag, 24.06.2021 | 12.00 Uhr - 13.30 Uhr

Neu HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG ZU DESINFORMATION ZUR BUNDESTAGSWAHL

Format: Diskussion (Online)

Titel: Desinformationen, Hackerangriffe und digitale Gewalt – Strategien gegen

Online-Manipulationen vor der Bundestagswahl

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung

Teilnehmer: Renate Nikolay (Kabinettschefin von EU-Justizkommissarin Vera Jourova),

Dr. Konstantin von Notz MdB (stv. Vorsitzender, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Tobias Schmid (Direktor, Landesanstalt für Medien NRW)

Link: http://tsp.pm/K6ZOOd

Donnerstag, 24.06.2021 | 13.00 Uhr - 18.00 Uhr

TAG DER IMMOBILIENWIRTSCHAFT 2021

Format: Jahrestagung (Online)
Titel: Wir geben Leben Raum

Veranstalter: Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA)

Teilnehmer: Olaf Scholz (Bundesminister der Finanzen), Armin Laschet MdL

(Ministerpräsident, Nordrhein-Westfalen), Michael Kretschmer MdL (Ministerpräsident, Sachsen), Christian Lindner MdB (Vorsitzender, FDP; Vorsitzender, FDP-Fraktion), Katrin Göring-Eckardt MdB (Vorsitzende,

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Link: http://tsp.pm/FCOhfh

Donnerstag, 24.06.2021 | 17.00 Uhr - 18.00 Uhr

Neu VERTRETUNG DER EU-KOMMISSION ZUR INDUSTRIESTRATEGIE DER KOMMISSION

Format: Diskussion (Online)

Titel: Der Weg aus der Krise: die überarbeitete Industriestrategie der

Europäischen Kommission

Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Teilnehmer: Kerstin Jorna (Generaldirektorin der Generaldirektion Binnenmarkt,

Industrie, Unternehmertum und KMU, EU-Kommission), Prof. Dr. Marcel Fratzscher (Präsident, DIW Berlin), Dr. Gunter Erfurt (CTO, Meyer Burger

Technology)

Link: http://tsp.pm/YNT1hQ

Donnerstag, 24.06.2021 | 17.00 Uhr - 18.00 Uhr

TAGESSPIEGEL ZUR BUNDESTAGSWAHL UND DIGITALPOLITIK

Format: Diskussion (Online)

Titel: Data Debates #18 – Deutschlands digitale Zukunft: Die Parteien im Wahl-

Check

Veranstalter: Verlag Der Tagesspiegel

Teilnehmer: Nadine Schön MdB (stv. Vorsitzende, CDU/CSU-Fraktion), Dr. Anna

Christmann MdB (innovations- und technologiepolitische Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Clemens Fuest (Präsident,

ifo Institut), Markus Haas (CEO, Telefónica Deutschland)

Link: http://tsp.pm/YPOS3K

Donnerstag, 24.06.2021 | 17.30 Uhr - 20.00 Uhr

Neu BMU, BFS UND SSK ZUR STRAHLENFORSCHUNG

Format: Forum (Online)

Titel: Strahlende Zukunft in Digitalisierung und moderner Medizin – Mehr

Sicherheit durch Forschung

Veranstalter: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

(BMU), Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Strahlenschutzkommission

(SSK)

Teilnehmer: Jochen Flasbarth (Staatssekretär, BMU), Inge Paulini (Präsidentin, BfS),

Prof. Dr. Werner Rühm (Vorsitzender, SSK), Prof. Dr. Stephanie Combs (Direktorin des Instituts für Strahlenmedizin, Helmholtz Zentrum München), Prof. Dr. Michael Baumann (Vorstandsvorsitzender, DKFZ), Prof. Dr. Achim Enders (Leiter des Instituts für elektromagnetische

Verträglichkeit, TU Braunschweig), Dr. Peter Unger (Leiter EMVU, Umwelt

und Nachhaltigkeit, Telekom Deutschland)

Link: http://tsp.pm/VafLkV

KW 26

Montag, 28.06.2021 | 11.00 Uhr - 12.05 Uhr

TAGESSPIEGEL ZUR DIGITALISIERUNG DES MITTELSTANDS

Format: Vortrag und Diskussion (Online)

Titel: Digitale Agenda #3 – Digitalisierung X Mittelstand: Der Weg in eine

zukunftsfähige Industrie

Veranstalter: Verlag Der Tagesspiegel

Teilnehmer: Peter Altmaier MdB (Bundesminister für Wirtschaft und Energie), Manuel

Höferlin MdB (digitalpolitischer Sprecher, FDP-Fraktion), Dr. Marianne Janik (Vorsitzende der Geschäftsführung, Microsoft Deutschland)

Link: http://tsp.pm/hJxfgp

Dienstag, 29.06.2021 | 12.00 Uhr - 13.00 Uhr

GOOGLE UND TAGESSPIEGEL ZU DESINFORMATION ZUR BUNDESTAGSWAHL

Format: Diskussion (Online)

Titel: Digital auf Nummer sicher! #4 – Bundestagswahl 2021: Meinungsbildung

zwischen Cyberangriffen und Desinformationen

Veranstalter: Google Safety Engineering Center, Verlag Der Tagesspiegel

Teilnehmer: Tabea Rößner MdB (Sprecherin für Netzpolitik, Fraktion Bündnis 90/Die

Grünen), Arne Schönbohm (Präsident, BSI), Prof. Dr. Claudia Eckert (Leiterin, Fraunhofer AISEC), Dr. Wieland Holfelder (Leiter des Google-

Entwicklungszentrums München, Google Deutschland)

Link: http://tsp.pm/L5VdrA

Dienstag, 29.06.2021 | 16.30 Uhr - 17.30 Uhr

MICROSOFT ZUR DIGITALISIERUNG DEUTSCHLANDS

Format: Diskussion (Online)
Titel: Digitales Deutschland

Veranstalter: Microsoft Berlin

Teilnehmer: Christian Lindner MdB (Vorsitzender, FDP; Vorsitzender, FDP-Fraktion)

Link: http://tsp.pm/1KjPet

Mittwoch, 30.06.2021 | 09.00 Uhr - 18.00 Uhr

VOICE ZU DEN DIGITALISIERUNGSPLÄNEN DER BUNDESPARTEIEN

Format: Konferenz (Online)

Titel: 57. CIO-Erfahrungsaustausch

Veranstalter: VOICE – Bundesverband der IT-Anwender

Teilnehmer: Nadine Schön MdB (stv. Vorsitzende, CDU/CSU-Fraktion), Katharina

Willkomm MdB (Sprecherin für Verbraucherschutz, FDP-Fraktion), Anke Domscheit-Berg MdB (netzpolitische Sprecherin, Fraktion Die Linke), Tabea Rößner MdB (Sprecherin für Netzpolitik, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Sabine Smentek (Staatssekretärin für Informations- und Kommunikationstechnologie, Berliner Senatsverwaltung für Inneres und

Sport)

Link: http://tsp.pm/2A9fZ8

Mittwoch, 30.06.2021 | 14.00 Uhr - 14.45 Uhr

BMC ZUM DATENSCHUTZ IM GESUNDHEITSWESEN

Format: Hintergrundgespräch (Online)

Titel: Datenschutz im Gesundheitswesen Veranstalter: Bundesverband Managed Care (BMC)

Teilnehmer: Prof. Ulrich Kelber (Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die

Informationsfreiheit)

Link: http://tsp.pm/jxJQm1

Mittwoch, 30.06.2021 | 19.00 Uhr - 20.00 Uhr

HIIG ZUR PLATTFORMREGULIERUNG

Format: Interview (Online)

Titel: Digitaler Salon – Lost in Regulation

Veranstalter: Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG)
Teilnehmer: Prof. Dr. Jeanette Hofmann (Professorin für Internetpolitik, FU Berlin;

Direktorin, HIIG)

Link: http://tsp.pm/rHZYT8

Donnerstag, 01.07.2021 | 15.00 Uhr - 16.15 Uhr

LEOPOLDINA ZU GESUNDHEITSDATEN

Format: Podiumsdiskussion (Online)

Titel: Die Rolle von Daten in der COVID-19-Pandemie

Veranstalter: Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften

Teilnehmer: Simon Cauchemez (Leiter der Forschungseinheit Mathematische

Modellierung von Infektionskrankheiten, Institut Pasteur Paris), Prof. Christopher Dye (Professor für Epidemiologie, Universität Oxford), Prof.

Dr. Gerd Gigerenzer (Direktor des Harding-Zentrums für Risiko-Kompetenz, MPI für Bildungsforschung), Prof. Alessia Melegaro (außerordentliche Professorin für Demografie und Sozialstatistik und

Leiterin des Covid Crisis Lab, Bocconi Universität Mailand)

Link: http://tsp.pm/dtgXLA

Donnerstag, 01.07.2021 | 16.30 Uhr - 17.30 Uhr

SVDGV ZU DIGITALEN GESUNDHEITSANWENDUNGEN

Format: Diskussion (Online)

Veranstalter: Spitzenverband Digitale Gesundheitsversorgung (SVDGV)

Teilnehmer: Maria Klein-Schmeink MdB (stv. Vorsitzende und gesundheitspolitische

Sprecherin, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Link: http://tsp.pm/ilMye7

IMPRESSUM

TAGESSPIEGEL POLITIKMONITORING

Verlag Der Tagesspiegel GmbH Askanischer Platz 3 · 10963 Berlin Geschäftsführer: Farhad Khalil, Ulrike Teschke

Verantwortlich im Sinne von §55 Abs. 2 RStV: Lorenz Maroldt, Mathias Müller

von Blumencron, Christian Tretbar

Tel: (030) 290 21-11 420 · Fax: (030) 290 21-11 430

politikmonitoring@tagesspiegel.de monitoring.tagesspiegel.de